

Unser Bezirk soll schöner werden:

sozial

ökologisch

feministisch

Bezirkswahlprogramm für Charlottenburg-Wilmersdorf 2021-2026

DIE LINKE.

Charlottenburg-Wilmersdorf

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: **Wohnen ist keine Ware – die Stadt für alle entwickeln**

Ein sozialer Bezirk ist möglich!_____	9
Wohnen ist keine Ware: Deutsche Wohnen & Co enteignen_____	10
Gemeinwohlorientierten Wohnungssektor ausbauen_____	10
Günstige Wohnungen bauen_____	11
Milieuschutz flächendeckend ausweisen, Wohnhäuser rekommunalisieren_____	12
Leerstand beenden, illegale Ferienwohnungen verfolgen_____	12
Soziale Wohnraumversorgung_____	13
Zwangsräumungen verhindern_____	14
Mehr Wohnraum für Studierende_____	14
Integrierte Stadtentwicklung_____	14
Boden in kommunaler Hand_____	15
Private Wohnungen ankaufen_____	15
#KudammFürAlle_____	16
Stadt nach Corona – Aufenthaltsqualität erhöhen_____	17
Tourismus stadtverträglich_____	17
Sozial-ökologischer Umbau der Stadt_____	18

Kapitel 2: **Sozial-ökologischer Umbau – Mobilitätswende für echten Klimaschutz**

Umverteilung des öffentlichen Raums – Kiezblocks im Bezirk fördern_____	19
Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausbauen, Fahrpreise senken_____	20
Radverkehr fördern_____	21
Gehwege verbessern_____	22
Angewiesenheit auf das Auto überwinden_____	22
Leihangebote verbessern und stärker regulieren_____	23
Gewerbe- und Lieferverkehr_____	23
Tempo 30 im Bezirk_____	24
Verkehrssicherheit erhöhen_____	24
Ausbau der A100 stoppen_____	24
Klimaneutrales Charlottenburg-Wilmersdorf bis 2040_____	25
Sozial-ökologischer Umbau_____	25
Klimafreundliche Stadtentwicklung_____	25
Koordinierungsstelle für Klimaschutz_____	26
Energetische Sanierung von Gebäuden und Wohnungen_____	26
Klimaräte einrichten_____	26
Mehr Grünflächen für den Bezirk_____	27

 www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

 www.facebook.com/linkecw

 [@rosas_rotas_zimmer](https://www.instagram.com/rosas_rotas_zimmer)

Kleingärten schützen	28
Keine Bebauung von Grünflächen im Bezirk	28
Umwelt und Naturschutz	28

Kapitel 3: **Gute Arbeit, Gesundheit und soziale Teilhabe**

Gute Arbeit im Bezirk	29
Vergabemindestlohn und Tariftreue	30
Rekommunalisierung der Schulreinigung	30
Ombudsstelle im Jobcenter	31
Aussetzung und Abschaffung von Hartz-IV-Sanktionen	31
Armut und Reichtum erfassen und Handlungskonzepte erarbeiten	32
Gesundheitsförderung im Bezirk	32
Gesundheitsamt besser aufstellen	33
Mobile und stationäre Drogenberatung	33
Wohnungs- und Obdachlosigkeit bekämpfen	33
Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser ausbauen	34
Anlaufstellen für Frauen verbessern	34
Queere Realität sichtbar machen	35
Zusammenleben in Vielfalt fördern	35
Bezirkliche Integrationsarbeit verstetigen und selbstbewusst gestalten	35
Integration als Querschnittsaufgabe im Bezirksamt	36
Einbürgerung jetzt	36
Stärkung der sozialen Integrationsarbeit in Charlottenburg-Nord	37

Kapitel 4: **Eine starke Verwaltung: Beteiligung und Teilhabe ermöglichen**

Investitionen erhöhen und Personal zügiger einstellen	38
Kommune als Ausbildungsbetrieb	38
Diversität in der Verwaltung	39
Amtssprache Deutsch – Servicesprache international	39
Digitalisierung der Verwaltung	40
Transparente Verwaltung	40
Bürger:innenbeteiligung im Bezirk	41
Bezirkliche Beteiligungsstrukturen schaffen	41
Leitlinien der Bürger:innenbeteiligung für Charlottenburg-Wilmersdorf	42
Einführung eines bezirklichen Bürger:innenhaushalts	42
Ortsteilkonferenzen	43

Kapitel 5: **Jugend, Familie, Schule und Sport**

Kita-Plätze ausbauen	44
Kinder- und Jugendarbeit stärken	44
Freizeiterholung sicherstellen	45
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen	45
Familien stärken	45
Schule für alle	45
Gemeinschaftsschulen stärken	46
Angebote der Gartenarbeits-, Kunst- und Musikschulen ausbauen	47
Zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik im Bezirk	47
Berufsschulen und Oberstufenzentren	48
Sport für alle ausbauen	48
Sportangebote im öffentlichen Raum	48
Fairer Sport	49
Olympiapark weiterentwickeln	49

Kapitel 6: **Kultur fördern**

Flächendeckend Kultur im Bezirk ausbauen und erhalten	50
Faire Förderbedingungen	51
Nicht konsumorientierte Kulturarbeit	51
Personal in den Musik- und Volkshochschulen aufstocken	51
Kulturschaffende bei Freiluftveranstaltungen unterstützen	52
Selbstverwaltete Soziokultur	52
Bezirksbibliotheken stärken	52

Kapitel 7: **Für ein weltoffenes Charlottenburg-Wilmersdorf**

Antifaschismus	54
Register Berlin bei Erfassung von Rechtsradikalismus unterstützen	54
Antisemitismus entgegenstellen	55
Kolonialismus aufarbeiten	55

Kapitel 8: **Kleingewerbe schützen**

Wirtschaftsförderung	56
Gewerbeentwicklungsplan und dezentrale Ansiedlungspolitik	56
Kommunales Geschäftsstraßenmanagement	57
Kommunale Co-Working Spaces	57
Sicherung von Gewerbeflächen und -objekten	57
Gewerbemieten runter	58

Gemeinwohlbilanzen_____	58
Wochenmärkte erhalten_____	58
Kommunales Kaufhaus_____	59
Insolvenzberatung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)_____	59
Kultur- und Kreativwirtschaft wieder im Blickpunkt im Bezirk_____	59
Tourismus als Wirtschaftsfaktor ausgewogen begleiten_____	60
Reparaturoffensive_____	60
Für eine nachhaltige Nutzung des ICC_____	60

Unser Bezirk soll schöner werden: sozial, ökologisch, feministisch

Charlottenburg-Wilmersdorf ist für ganz unterschiedliche Menschen gleichermaßen ein Zuhause. Auf der einen Seite leben hier viele Menschen, denen es finanziell sehr gut geht. Auf der anderen Seite ist unser Bezirk aber ebenso das Zuhause einkommensschwächerer Haushalte, die in sozial abgehängten Kiezen leben. Unser Bezirk ist der am stärksten sozial gespaltene in ganz Berlin – von Luxusboutiquen am Kurfürstendamm bis Armut in der Paul-Hertz-Siedlung ist alles dabei. Die soziale Schere geht auseinander. Ärmere Haushalte und Mittelklassen, vor allem die Solo-Selbstständigen und prekär beschäftigten Künstler:innen, die kleinen Betriebe, arme Rentner:innen und Alleinerziehende hat Corona besonders hart erwischt. Es wird die entscheidende Aufgabe der kommenden Jahre sein, dafür zu sorgen, dass wir in den Bezirk und seine Menschen investieren. Die Vermögenden und die Profiteur:innen der Krise müssen zur Kasse gebeten werden, und sie müssen ihrer sozialen Verantwortung endlich gerecht werden. In den vergangenen fünf Jahren haben wir in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Charlottenburg-Wilmersdorf vieles angestoßen und bewegt. Gemessen an ihrer Größe mit nur vier Verordneten hat die Fraktion der Linken in der BVV die meisten Anfragen und Anträge gestellt und durch viele Veranstaltungen und Aktionen die Themen starkgemacht, die die Bewohner:innen unseres Bezirks bewegen.

DIE LINKE und ihre Fraktion in der BVV stehen in enger Verbundenheit mit den engagierten Bürger:innen unseres Bezirks und haben sich gemeinsam mit ihnen für eine soziale Stadtentwicklung eingesetzt. Kompetent und konstruktiv haben wir die Arbeit des Bezirksamtes intensiv begleitet, den Finger in die Wunde gelegt und fehlenden Mieter:innenschutz oder die verpasste Mobilitäts- und Klimawende wirkungsvoll kritisiert.

Gerade hier in Charlottenburg-Wilmersdorf braucht es eine ideenreiche politische Kraft, die tatsächlich Verantwortung für die breite Mehrheit der Bewohner:innen unseres Bezirks übernimmt und ihr Wohlergehen ins Zentrum ihres Handelns stellt – und nicht das Wohlergehen der Immobilienspekulant:innen, die mit den Wohnungen, in denen wir leben, als Betongold handeln.

Es ist Zeit für eine Politikwende in unserem Bezirk –
die Zeit ist reif für DIE LINKE im Bezirksamt.

Wir sind die entschiedenste Kämpferin für einen umfassenden Schutz der Mieter:innen, für echte Mitbestimmung und eine Politik auf Augenhöhe, für

Vielfalt und Toleranz. Wir stehen für wirkungsvollen Klimaschutz und eine sozial gerechte Mobilitätswende.
Ein soziales, ökologisches und demokratisches Charlottenburg- Wilmersdorf braucht eine starke LINKE.
Wir laden Sie ein, unsere Vorschläge genau zu prüfen.
Mischen Sie sich ein im Bezirk. Auch nach der Wahl.
Gemeinsam können wir viel bewegen.

Kapitel 1:

Wohnen ist keine Ware – die Stadt für alle entwickeln

Ein sozialer Bezirk ist möglich!

Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf explodieren seit Jahren die Mieten. Zwar wird an jeder Ecke gebaut, doch handelt es sich kaum um günstige Wohnungen, für die es den größten Bedarf gibt. Fast 35 Prozent der Bewohner:innen in unserem Bezirk haben Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS) und damit auf eine Sozialwohnung. Jährlich werden knapp 1.000 neue Wohnungen im Bezirk gebaut – doch seit mehr als 20 Jahren findet sich darunter keine einzige Sozialwohnung. Zum Schutz der Mieter:innen unternimmt das Bezirksamt zu wenig – egal ob beim Milieuschutz, bei der Verfolgung von Leerstand oder günstigem Neubau. Charlottenburg-Wilmersdorf ist fast überall Berliner Schlusslicht – und das trotz SPD-Bürgermeister und einem Grünen Baustadtrat. Es ist Zeit für eine linke Alternative in der Wohnungspolitik des Bezirks! Gemeinsam mit den Mieter:innen kämpfen wir für günstige Mieten und ein gutes Wohnen für alle!

Das ist unser Plan:

- Gegen die Verdrängung von Mieter:innen wollen wir die Eigentümer:innen bei der Vermietung ihrer Wohnungen auf soziale Regeln verpflichten und die Mieten senken.
- Wohnen darf keine Ware sein! Wir wollen den gemeinnützigen Wohnungssektor ausbauen und die privaten Immobilienkonzerne Deutsche Wohnen & Co. enteignen.
- Nicht jeder Neubau hilft! Wir brauchen günstigen Neubau und tausende Sozialwohnungen.
- Der städtische Boden gehört in öffentliche Hand und muss kooperativ gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickelt werden. Die Bewohner:innen unseres Bezirks wissen am besten, wie sich ihr Bezirk entwickeln soll – hören wir ihnen zu und beteiligen sie!
- Stadt ist mehr als Wohnen! Unsere Kieze und Quartiere sollen erschwingbar und lebendig, lebenswert und ökologisch nachhaltig und mit Fahrrad, Bus oder Tram gut erreichbar sein.

Wohnen ist keine Ware: Deutsche Wohnen & Co enteignen

Ob in der Siedlung Westend, am Klausenerplatz, in der Künstlerkolonie oder Angerburger Allee – viele Menschen in unserem Bezirk haben in den vergangenen Jahren schlechte Erfahrungen mit privaten Immobilienkonzernen wie Deutsche Wohnen, Vonovia, Akelius oder ADO gemacht. Diese Immobilienkonzerne bauen am Bedarf vorbei, erhöhen die Mieten und quetschen ihre Mieter:innen wie die Zitronen aus. Wir wollen ihre Macht brechen. Deshalb unterstützen wir das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen“.

Gemeinwohlorientierten Wohnungssektor ausbauen

Wir wollen den gemeinwohlorientierten Wohnungssektor im Bezirk ausbauen. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften sind Garanten für bezahlbare Mieten und Beteiligung ihrer Mieter:innen. Durch eine bessere Kooperation untereinander und eine übergreifende Planung sollen die landeseigenen Wohnungsunternehmen und die Genossenschaften in unserem Bezirk künftig 100 Prozent Sozialwohnungen bauen. Immerhin hat mehr als die Hälfte der Bewohner:innen unseres Bezirks Anspruch auf eine Sozialwohnung. Aber nur noch knapp sieben Prozent des Gesamtwohnungsbestandes in unserem Bezirk sind Sozialwohnungen. Tendenz sinkend – auch deshalb, weil das Bezirksamt es als einziger Bezirk in Berlin bisher nicht hinbekommen hat, dass auch nur eine einzige neue öffentlich geförderte Wohnung seit 2014 gebaut wurde. Um mehr günstige Wohnungen zu bauen, müssen zügiger günstige Flächen bereitgestellt werden. Wir schlagen vor, dass ein Runder Tisch unter Beteiligung von Mieter:innenbeiräten und Mieter:innenräten geschaffen wird, mit dem Ziel, Potentiale für den Neubau zu entwickeln. Neubaupotentiale bestehen vor allem in untergenutzten Flächen wie einstöckigen Supermärkten oder nicht benötigten Parkplätzen. Wir wollen, dass Sozialwohnungen dort mit anderen sinnvollen kulturellen und sozialen Nutzungen, wie Kitas oder Jugendzentren, verknüpft werden.

Günstige Wohnungen bauen

Nicht jeder Neubau hilft! Nur bezahlbarer Neubau und Sozialwohnungen können die massive Wohnungsnot im Bezirk mildern. Wir bewerten den Neubau nach seiner Leistbarkeit, Nachhaltigkeit und städtebaulichen Qualität. Neu gebaute Wohnungen, die für mehr als zehn bis zwölf Euro den Quadratmeter angeboten werden, nutzen niemandem, außer denjenigen, die daran verdienen. Projektentwickler:innen, die hochpreisige Eigentumswohnungen bauen, sind Teil des Problems, nicht aber der Lösung. Auch die privaten Unternehmen müssen in der Zukunft den günstigen Wohnraum bauen, den wir brauchen. Mieter:innenschutz und Neubau sind kein Widerspruch: Mit dem Mietendeckel hatte Berlin ein wirksames Instrument gegen den Mietenwahnsinn eingeführt. Gleichzeitig baut Berlin aktuell so viele günstige Wohnungen neu wie seit knapp 25 Jahren nicht – nur leider entstehen zu wenige davon in unserem Bezirk.

Deshalb wollen wir das sog. Berliner Modell weiterentwickeln. Damit werden Private schon jetzt am Bau von Sozialwohnungen beteiligt. Künftig soll der Bezirk erst dann neues Baurecht für Wohnungen erteilen, wenn private Entwickler:innen dafür 50 Prozent der Fläche an die öffentliche Hand übertragen, um diese im Sinne einer sozialen Stadtentwicklung zu sichern. Diese Flächen sollen für den Bau von 100 Prozent Sozialwohnungen genutzt werden. Private Wohnbauträger sollen sich außerdem am Bau von Kitas und Schulen sowie an dem Ausbau des Einzelhandels, der medizinischen Versorgung und kultureller Einrichtungen beteiligen.

Dort, wo es möglich ist, soll der Bezirk Bebauungspläne aufstellen, um die Anwendung des Berliner Modells zu ermöglichen. Und auch dort, wo kein neues Baurecht erteilt wird, soll ein Anteil von mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen bei Neubauprojekten entstehen.

Bei einer Nachverdichtung von Wohnquartieren, also der Schließung von Baulücken, gilt für uns, dass die Wohn- und Lebensqualität in den bestehenden Wohnungen und dem umliegenden Wohnquartier gesichert werden muss. Für die gesamte Wohnlage und die Nachbarschaft muss die Nachverdichtung einen positiven Effekt haben. Frei- und Grünflächen sowie Bestandsbäume sind zu erhalten und zu qualifizieren.

Milieuschutz flächendeckend ausweisen, Wohnhäuser rekommunalisieren

Um Mieter:innen vor Luxusmodernisierungen zu schützen, wollen wir im Bezirk flächendeckend den Milieuschutz einführen. Wir schlagen vor, dass überall dort, wo es möglich ist, das Vorkaufsrecht ausgeübt wird, um Wohnraum in die öffentliche Hand zu überführen. Innerhalb von Milieuschutzgebieten wollen wir die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen bei dem Verkauf von Häusern für mindestens 30 Jahre verbieten. So können wir Mieter:innen vor einer Eigenbedarfskündigung schützen. Um die Beteiligung von Mieter:innen zu verbessern und eine Ansprechperson in der Verwaltung zu haben, wollen wir eine:n Koordinator:in für Mietfragen und Wohnungspolitik berufen, die Mieter:innen informiert und sie bei Vorkaufsfällen begleitet.

Leerstand beenden, illegale Ferienwohnungen verfolgen

Mitten in der Stadt der Wohnungsnot stehen tausende Wohnungen illegal und aus spekulativen Gründen leer oder werden als Ferienwohnungen zweckentfremdet. Dagegen hat der zuständige CDU-Stadtrat in der Vergangenheit zu wenig getan. Wir wollen diese Wohnungen wieder konsequent dem Wohnungsmarkt zuführen und das sog. Zweckentfremdungsverbot scharf auslegen. Besonders uneinsichtige Vermieter:innen wollen wir durch Einsetzung einer Treuhänderin bzw. eines Treuhänders zeitweise enteignen. Auch Schrottimmobilien müssen wieder bewohnbar gemacht werden.

Soziale Wohnraumversorgung

Alle Menschen, die in unserem Bezirk leben, haben das Recht auf eine angemessene Wohnung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Sammelunterkünfte für Geflüchtete und Wohnungslose zügig aufgelöst werden. Wir wollen sie stattdessen dauerhaft in eigenen Wohnungen unterbringen. Dafür müssen notfalls auch leerstehende Hostels, Hotels, Ferienwohnungen und Businessapartments oder Wohnungen beschlagnahmt werden. Wir wollen außerdem das geschützte Wohnungsmarktsegment für Wohnungslose im Bezirk massiv ausweiten. Menschen mit Migrationshintergrund haben es aufgrund von Vorurteilen oft besonders schwer, eine Wohnung in unserem Bezirk zu finden, und sind am stärksten von Wohnungslosigkeit betroffen. Deshalb müssen sie bei der Wohnungssuche aktiv unterstützt werden. Entsprechende Beratungsstellen sollen ausgebaut und weiter finanziell gefördert werden. Auch die Soziale Wohnhilfe soll alle Wohnungslosen mit und ohne Migrationsgeschichte bei der Wohnungssuche unterstützen. Sozialämter und Jobcenter müssen von Amts wegen Mietübernahmescheine mit der verbindlichen Miethöhe nach AV Wohnen für die Wohnungssuche ausstellen und Wohnungsangebote schnell prüfen sowie genehmigen. Viele Wohnungen gehen verloren und Vermieter:innen werden abgeschreckt. Zudem muss der Wohnberechtigungsschein zügig ausgestellt werden. Wir wollen Rassismus auf dem Wohnungsmarkt entschieden begegnen und dafür eine Ansprechperson in der Bezirksverwaltung schaffen, die Fälle sammelt und auswertet. Das Gleiche gilt bei der Benachteiligung von Flinta* (Frauen, Lesben, Inter-, Nicht-Binären, Trans-, Ageschlechtlichen Menschen). Das Bezirksamt soll eine Studie zur Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt in Auftrag geben.

Zwangsräumungen verhindern

Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung ein Verbot von Zwangsräumungen einführt. Mindestens für die Zeit der Corona-Pandemie muss auf Zwangsräumungen verzichtet werden. Harte Polizeieinsätze zur Durchsetzung von Zwangsräumungen in unserem Bezirk lehnen wir ab. Bei Besetzungen, z. B. von spekulativ leerstehenden Wohnhäusern im Bezirk, muss das Bezirksamt vermitteln und eine möglichst gemeinwohlorientierte und öffentliche Nachnutzung ermöglichen.

Mehr Wohnraum für Studierende

Mit der Technischen Universität und der Universität der Künste befinden sich gleich zwei große Universitäten bei uns im Bezirk. Studierende haben es sehr oft schwer, in unserem Bezirk eine bezahlbare Wohnung überhaupt zu finden. Sie müssen weite Wege in Kauf nehmen oder auf engstem und hochpreisigem Raum leben. Wir schlagen deshalb vor, dass im Bezirk mehr günstige Wohnungen für Studierende und Studierendenwohnheime gebaut werden, z. B. auf dem Areal an der Hertzallee Nord in unmittelbarer Nähe zu den beiden Universitäten in der City West.

Integrierte Stadtentwicklung

Wir brauchen einen Gleichklang der Entwicklung verschiedener Infrastrukturen. Wohnungsneubau muss mit wachsender sozialer und grüner Infrastruktur und einer guten Verkehrsanbindung einhergehen. Dafür wollen wir großräumige Verkehrskonzepte und soziale Infrastrukturplanung miteinander verbinden und eine bezirkliche Bereichsentwicklungsplanung entwickeln.

Boden in kommunaler Hand

Der städtische Boden ist der Schlüssel für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Deshalb wollen wir Schritt für Schritt die öffentliche Verfügungsmacht über den Boden rückgewinnen. Wir wollen dauerhaft ausschließen, dass der bezirkliche Boden verkauft wird. Im Gegenteil, Boden muss gehalten, vermehrt und kooperativ für sozial-ökologische Nutzungen entwickelt werden. Für Wohnungsneubau, aber auch für Kitas oder Kultur muss der Bezirk private Flächen ankaufen.

Private Wohnungen ankaufen

Unser Bezirk ist geprägt von vielen Einzeleigentümer:innen, die nur wenige einzelne Häuser besitzen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine kommunale Ankaufsagentur gegründet wird, die diesen Hauseigentümer:innen ein Angebot macht, um Wohnungen zu erwerben. Darüber hinaus schlagen wir vor, dass die landeseigenen Wohnungsunternehmen auch größere private Wohnungsbestände im Bezirk ankaufen und damit dauerhaft bezahlbare Mieten und soziale Mischung in den Kiezen sichern.

#KudammFürAlle

Neben der Berliner Mitte ist die City West eines der beiden Berliner Stadtzentren. Städtebaulich ist die City West von hoher internationaler Bedeutung.

Es ist deshalb fachlich nachvollziehbar, dass künftig der Senat die Planungen der City West vorantreibt. Seit Jahren hat es der Grüne Baustadtrat von Charlottenburg-Wilmersdorf versäumt, einen tragfähigen Prozess zur Entwicklung der City West anzustoßen.

Stattdessen wurden Immobilienkonzerne mit Bodenverwertungsinteressen, wie der Immobilienkonzern Signa, damit beauftragt, einen Plan vorzulegen. Mit der „Charta City West 2040“ liegt ein Leitbild der Immobilienwirtschaft vor, das sich das Bezirksamt zu eigen gemacht hat. Statt fachlicher Herleitung steht das Profitinteresse einiger Konzerne im Vordergrund. Statt Stadtentwicklung hat der Bezirk hier Wirtschaftsförderung betrieben.

Wir lehnen die Charta ab. Stattdessen wollen wir einen offenen Prozess.

Wir setzen uns ein für einen #KudammFürAlle.

Dazu gehört, dass wir bezahlbares Wohnen in den Nebenstraßen des Kurfürstendamms sichern und günstigen Wohnraum neu bauen. Statt auf Absprachen in Hinterzimmern, setzen wir auf eine transparente Planungskultur und eine kooperative Stadtentwicklung, die die Bürger:innen des Bezirks aktiv einbezieht. Wir wollen die nachhaltige Mobilitätswende in der City West einleiten. Wir setzen auf eine Taktverdichtung bei Bussen und die Realisierung einer Straßenbahn-Trasse. Wir brauchen keinen Hochhaus-Wahnsinn und Kahlschlag, sondern eine behutsame Weiterentwicklung im Bestand und Bewahrung des baukulturellen Erbes und Denkmalschutzes. Bei der Sanierung des Huthmacher-Hauses wollen wir ein Modellprojekt für einen sozial-ökologischen Hub nach dem Vorbild des „Haus der Statistik“ realisieren.

Wir wollen die Aufenthaltsqualität in der City West durch mehr Grünflächen, Sitzflächen und eine ansprechende Erdgeschossnutzung stärken.

Außerdem brauchen wir mehr Räume für alternative Kultur – auch am Ku’damm müssen wieder Orte für Raves und Techno-Partys zur Verfügung stehen.

Wir wollen soziale Infrastrukturen wie die Bahnhofsmision am Zoo stärker fördern und Kita-Plätze im Umfeld des Ku’damms ausbauen.

Stadt nach Corona – Aufenthaltsqualität erhöhen

Die Bedeutung des öffentlichen Raums und von nutzbaren Außenflächen für private, gewerbliche und öffentliche Nutzungen ist in der Corona-Pandemie gewachsen. Egal ob Kultur, Schulen oder Kitas – sie alle brauchen überdachte Freiflächen. Die Bezirksverwaltung benötigt Luftgeschosse und Außenräume. Wir wollen Außenräume künftig besser und mehrfach nutzen.

So könnten Sprechstunden des Bürgeramtes unter der Stadion-Terrasse des Olympia-Stadions stattfinden. Wir wollen die „Draußen-Stadt“ qualifizieren und für eine höhere Aufenthaltsqualität in den Kiezen, in Parks und auf Plätzen im gesamten Bezirk sorgen. Wir sprechen uns dafür aus, dass kommerzielle und sexistische Werbung im öffentlichen Raum verboten wird.

Alle Ufer von „Spreeathen“ sollen für Mensch und Natur zugänglich sein.

Wir schlagen vor, ein Uferwegekonzept 2025 aufzulegen.

Tourismus stadtverträglich

Unser Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf mit seinen zahlreichen Sehenswürdigkeiten ist beliebtes Ziel von Besucher:innen der ganzen Welt. Damit Tourismus auch in der Zukunft eine hohe Akzeptanz bei den Bewohner:innen unseres Bezirks erfährt, wollen wir ihn stärker steuern. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, dass keine zusätzlichen Hotelbetten bei uns im Bezirk genehmigt werden. Illegale Ferienwohnungen müssen konsequent geahndet werden. Das Stadtmarketing soll eingestellt und das dafür eingesetzte Geld besser an anderer Stelle investiert werden, z. B. in zusätzliche soziale Infrastrukturen oder kulturelle Einrichtungen unserer Stadt.

Sozial-ökologischer Umbau der Stadt

Wir wollen alle bestehenden Kleingartenanlagen im Bezirk durch Ausweisung als „Dauerkleingartenflächen“ sichern. Für uns gilt weiterhin, dass keine Grünfläche im Bezirk bebaut werden darf. Stattdessen wollen wir die Entsiegelung von Flächen im Bezirk fördern, also das Entfernen von Bodenbelägen und Bauwerken für den Umweltschutz. Statt auf Kahlschlag und Neubau setzen wir auf eine behutsame Nachverdichtung in den Innenstadtquartieren, bei der auch zusätzliche Grün- und Erholungsflächen berücksichtigt werden. Wir wollen die energetische Gebäudesanierung der bezirkseigenen Liegenschaften, wie Behörden und Schulen, vorantreiben und Verträge mit den Stadtwerken für Solar-Panels auf allen Dächern realisieren.

Kapitel 2:

Sozial-ökologischer Umbau – Mobilitätswende für echten Klimaschutz

Der Umweltgerechtigkeitsatlas des Senats zeigt, dass vor allem einkommensschwache Haushalte in unserem Bezirk stark durch negative Umweltfaktoren wie fehlende Grünflächen, Lärm und eine niedrige Luftqualität in ihrem Wohnumfeld belastet sind. Häufig ist die Folge ein geringeres Lebensalter. Es sind nicht die Villenbesitzer:innen im Grunewald, die besonders unter Verkehrsemissionen leiden, sondern einkommensschwächere Haushalte, die an viel befahrenen Straßen wohnen. Wenn der Autoverkehr vermindert wird, dann verbessert das die Lebenssituation der Menschen, die ohnehin besonders unter gesundheitsgefährdenden Abgasen leiden. Wenn Mobilität und Gesundheit nicht vom Geldbeutel abhängen sollen, muss gezielt die Mobilität derjenigen gestärkt werden, die nicht Auto fahren. Der sozial-ökologische Stadtumbau ist ein Gewinn für die Masse. Wir wollen die Privilegien von einigen wenigen abbauen und damit für mehr Flächen- und Mobilitätsgerechtigkeit sorgen.

Umverteilung des öffentlichen Raums – Kiezblocks im Bezirk fördern

Charlottenburg-Wilmersdorf ist immer noch ein besonders autogerechter Bezirk, obwohl die meisten Bewohner:innen gar kein Auto besitzen. Die bezirklichen Flächen sind insgesamt zu ungerecht zugunsten des motorisierten Individualverkehrs verteilt. Indem wir die Angewiesenheit auf das Auto überwinden, können wir schrittweise den öffentlichen Raum rückgewinnen, Parkplätze rückbauen und für gemeinwohlorientierte Nutzungen umverteilen, von denen alle Bewohner:innen etwas haben. Wir schlagen vor, schrittweise sog. „Kiezblocks“ in unserem Bezirk einzuführen. Das Konzept der „Kiezblocks“ beinhaltet, dass der Kfz-Durchgangsverkehr in Wohngebieten unterbunden und von Nebenstraßen auf die Hauptverkehrsstraßen verlagert wird. Radfahrer:innen, Rettungsfahrzeuge, die Müllabfuhr oder der Anlieferungsverkehr für umliegende Geschäfte sollen Wohngebiete weiter durchfahren können. Parkmöglichkeiten für die Anwohner:innen sollen erhalten bleiben. Damit wird eine Verkehrsberuhigung in Kiezen erreicht und

Lebensqualität hinzugewonnen. Außerdem können damit neue Flächen freierwerden, die wir insbesondere für nachbarschaftliche Begegnungsorte, Erholungs- und Spielflächen für Kinder, Stadtgrün, Schatten- und Wasserelemente im Sommer zur Abkühlung, das Aufstellen von Straßenmöbeln oder eine Ausweitung von Gewerbeflächen (z. B. Gastronomie) nutzen möchten. Davon profitieren vor allem Familien und Kinder sowie ältere und gesundheitlich eingeschränkte Menschen. Wir passen die Quartiere außerdem an die zunehmenden Folgen des Klimawandels an. Die Umsetzung und Gestaltung der Kiezblocks sollen dabei stets durch eine umfassende Beteiligung der Anwohner:innen begleitet werden. Wir schlagen außerdem vor, vermehrt temporäre Spielstraßen (z. B. an Sonntagen) im Bezirk umzusetzen, auch um modellhaft zu erproben, wie eine solche Nutzung von den Bewohner:innen der umliegenden Wohngebiete angenommen wird.

Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ausbauen, Fahrpreise senken

Unser Bezirk weist in den meisten Kiezen bereits jetzt einen gut entwickelten ÖPNV auf. Doch unser Ziel ist, dass niemand weiter als 400 Meter von einer ÖPNV-Station entfernt wohnt. Zudem wollen wir die Takte aller Verkehrsmittel des ÖPNV im Bezirk verdichten.

Um die Mobilität spürbar zu erhöhen, muss in den nächsten Jahren im Bezirk alle Kraft auf den Straßenbahn-Ausbau gerichtet werden.

Wir wollen langfristig ein durchgehendes Tram-Netz von der Turmstraße bis zur Jungfernheide ermöglichen. Wir wollen Kurfürstendamm und Taentzienstraße so umgestalten, dass Parkplätze zugunsten eines geschützten Radstreifens rückgebaut werden, eine Spur für Bus und Autos genutzt und zusätzlich eine Spur für eine durchgehende Tram-Trasse vorgesehen wird. Die Fahrbahn soll dabei so umgestaltet werden, dass das Rasen mit dem Auto auf dem Kurfürstendamm künftig verhindert wird. Im Gegensatz zum U-Bahn-Ausbau lassen sich Tram-Trassen schneller realisieren und sind deutlich flexibler. Bei der U-Bahn muss vor allem in den Erhalt und die technische Modernisierung des Bestandsnetzes investiert werden. Eine Verlängerung der U1 von der Uhlandstraße bis zum Adenauerplatz lehnen wir aus Kostengründen ab.

Busspuren wollen wir schneller umsetzen. Bis 2026 sollen alle Buslinien im Bezirk in der Regel auf Sonderfahrstreifen unterwegs sein sowie Straßenbahnen und Busse an Ampeln Vorrang erhalten.

Radverkehr fördern

Fahrradfahren ist schnell, gesund, umweltfreundlich, klimaschonend und günstig. Viele der innerstädtischen Autofahrten können durch das Fahrrad ersetzt werden. Auf kurzen Strecken ist das Fahrrad in der Stadt sogar der schnellere Verkehrsträger. Charlottenburg-Wilmersdorf bildet jedoch das Schlusslicht aller Bezirke hinsichtlich des Ausbaus und der Sanierung neuer Radwege – und das trotz eines dafür zuständigen Stadtrats der Grünen. Das Tiefbauamt wurde in den vergangenen Jahren nicht dazu befähigt, das vom Senat bereitgestellte Geld abzurufen und zu investieren. Wir wollen die Verwaltungseinheiten für klimagerechte Mobilität personell aufstocken. Außerdem sollten eigene kommunale Baukapazitäten für kleine infrastrukturelle Maßnahmen aufgebaut werden. Der Radweg entlang der Spree muss endlich fertiggebaut werden, ebenso wie der Abschnitt vom Schloss Charlottenburg in Richtung Spandau. Wir setzen uns dafür ein, dass die Havelchaussee künftig zur Fahrradstraße wird, um hier die Verkehrssicherheit der Radfahrenden zu erhöhen. Wir möchten, dass die gesetzten Ziele für den Ausbau von Radschnellwegen sichergestellt werden. Trassenkonflikte mit dem Fußverkehr sowie Grünanlagen sollen weitgehend vermieden werden. Bis heute existiert kein Fahrradparkhaus in Berlin. Das wollen wir endlich ändern und ein solches im Bezirk errichten. Wir setzen uns für temporäre Maßnahmen wie Pop-up-Radwege ein. Diese tragen dazu bei, die Mobilitätswende schneller zu verwirklichen, machen sie für die Menschen erfahrbar und erlebbar. Unser Ziel ist, die Akzeptanz für den Rückbau der autogerechten Stadt zu bestärken und zu erhalten; temporäre Maßnahmen wollen wir bei ihrer positiven Annahme verstetigen. Pop-up-Radwege wollen wir zu geschützten Radstreifen umwandeln.

Gehwege verbessern

Insbesondere für junge und für alte Menschen ist die Verbesserung des Fußverkehrs von zentraler Bedeutung. Um den Fußverkehr zu verbessern, setzen wir uns für einen verbindlichen Ausbaupfad für die Sanierung von Gehwegen, die Herstellung von Barrierefreiheit und den Bau sicherer Überquerungsmöglichkeiten im Straßenverkehr ein. Zudem wollen wir ein Programm durchsetzen, durch das an den für Fußgänger:innen gefährlichen Stellen und Kreuzungen zügig getrennte Ampelschaltungen eingerichtet werden. Um dies zu erreichen, müssen mindestens zwei Personalstellen im Bezirk eine Fußverkehrsplanung durchführen und ein Maßnahmenbündel entwickeln. Wir wollen mehr Radwege auf die Straße bringen, um die Sicherheit und den Platz für Fußgänger:innen auf Gehwegen zu erhöhen.

Angewiesenheit auf das Auto überwinden

Der CO₂-Ausstoß und die Schadstoffbelastung durch Stickoxide und Feinstaub des Straßenverkehrs sind seit 1990 stark gestiegen und müssen drastisch reduziert werden, um auch hier einen Beitrag für mehr Klimagerechtigkeit zu leisten. Wir leben gern in unserem Bezirk – aber die Umweltbelastung (Lärm, Luftschadstoffe, Hitzestaus) ist in vielen Kiezen zu hoch. Das liegt maßgeblich an der derzeitigen Verkehrssituation, denn Autos und Lkws sind die wesentlichen Quellen der Lärm- und Luftbelastung. Charlottenburg-Wilmersdorf ist immer noch ein besonders autogerechter Bezirk. Dabei können sich viele Bewohner:innen unseres Bezirks kein Auto leisten oder gehen vor allem zu Fuß, nutzen das Fahrrad oder den gut ausgebauten ÖPNV in unserem Bezirk. Statt vor allem mit Verboten zu arbeiten, möchten wir den Bewohner:innen unseres Bezirks den Umstieg vom Auto ermöglichen und ihre Angewiesenheit auf das Auto überwinden, indem wir den ÖPNV ausbauen, Takte verdichten und massiv in die Verbesserung des Radwegenetzes und die Sanierung von Gehwegen im Bezirk investieren. Überall dort, wo eine Kapazitätserweiterung des ÖPNV, Rad- und Fußverkehrs stattfindet, wollen wir im Sinne einer Mobilitätsgerechtigkeit die Kapazitäten des motorisierten Individualverkehrs abbauen. Zur Flächenneuaufteilung zugunsten der Menschen soll auch ein umfassendes Parkraummanagement mit schrittweisem Ausweiten der Parkraumbewirtschaftung auf den ganzen Bezirk und mit gezielter Reduktion der öffentlichen Stellplätze beitragen.

Leihangebote verbessern und stärker regulieren

Die Anzahl kostenloser Lastenräder zum Verleih im Bezirk wollen wir weiter aufstocken. Bei der Aufstellung von Leihrädern im Bezirk sollten nur solche Anbieter:innen zum Zuge kommen, die sich zu Klimaschutz und sozialverträglicher Beschäftigung verpflichten. Anbieter:innen von E-Scootern und Leihrädern sollen diese im Bezirk lediglich in entsprechenden Zonen abstellen dürfen. Für Abstellflächen sollten Parkplätze für Autos reduziert werden. Wie alle, die das Straßenland gewerblich nutzen, müssen selbstverständlich auch die Anbieter:innen von E-Scootern und Leihrädern Gebühren entrichten.

Gewerbe- und Lieferverkehr

Umstrukturierungsnotwendigkeiten gelten auch für den Gewerbeverkehr, insbesondere den Lieferverkehr: Bus- und Fahrradspuren nutzen nichts, wenn sie von Lieferfahrzeugen blockiert oder dort private Fahrzeuge abgestellt werden. Wir brauchen eine umfassende Parkraumbewirtschaftung, die den Lieferverkehr in bestimmten Zeitfenstern zulässt. Wir brauchen alternative und anbieter:innenneutrale Verteilzentren und Paketboxen für die letzte Meile in den Stadtteilzentren zur Abholung oder Weiterverteilung von Warensendungen mit Lastenfahrrädern, wir brauchen aber auch Alternativen wie die Einbindung der Strukturen des ÖPNV in die Lieferketten.

Tempo 30 im Bezirk

Wir setzen uns dafür ein, dass Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit im gesamten Bezirk umgesetzt wird. Tempo 50 soll nur auf Ausfallstraßen ermöglicht und dann mit geschützten Radwegen kombiniert werden.

Verkehrssicherheit erhöhen

Charlottenburg-Wilmersdorf war 2019 der Bezirk mit den zweitmeisten Verkehrsunfällen. Vor allem Radfahrer:innen und Fußgänger:innen sind im Straßenverkehr gefährdet. Gefährliche Kreuzungen für Fußgänger:innen wollen wir zügig durch sichere Querungsmöglichkeiten entschärfen. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, wollen wir Radwege sanieren und ausbauen und in den kommenden fünf Jahren geschützte Radstreifen auf allen Hauptverkehrsstraßen schaffen. Sichere Radwege sind zügig vor allem auf der Kaiser-Friedrich-Straße, Konstanzer Straße und Kantstraße notwendig. Temporäre Radstreifen, sog. Pop-up-Radwege, wollen wir auch nach der Pandemie dauerhaft sichern. Wir wollen gleichwertige Mobilitätsmöglichkeiten für alle Verkehrsteilnehmer:innen schaffen, wie es das Mobilitätsgesetz vorsieht.

Ausbau der A 100 stoppen

Die Linke lehnt die Planung der DEGES für die Umgestaltung der Stadtautobahn A100 zwischen Grunewald und Charlottenburg-Nord ab. Speziell die aktuelle Planung für die Rudolf-Wissell-Brücke würde eine vierspurige Variante je Fahrtrichtung ermöglichen, die den Einstieg in eine sukzessive Verbreiterung der gesamten A100 befürchten lässt. Dies wäre ein Schritt zurück und würde die zwingend notwendige Verkehrswende unmöglich machen. Die Linke fordert ein Baumitorium, bis der zugesagte vollständige Masterplan mit sämtlichen Details für alle Autobahnabschnitte im Bezirk veröffentlicht und zusätzlich ein vollständiger Plan vorgestellt wurde, der alle Verkehrsverläufe und zu erwartenden Verkehrsbelastungen im Bezirk während der gesamten Bauzeit festlegt. Beide Pläne müssen öffentlich diskutiert und mit den verschiedenen betroffenen Bürger:inneninitiativen abgestimmt werden. Für die Autobahnzufahrten „Kaiserdamm“ schlagen wir vor, die Zufahrt „Kaiserdamm Nord“ an der Knobelsdorffbrücke in Fahrtrichtung Süd zu schließen.

Klimaneutrales Charlottenburg-Wilmersdorf bis 2040

Die Folgen der Klimaänderung und die Klimagerechtigkeit sind die entscheidenden Menschheitsfragen unseres Jahrhunderts. Im Großen müssen die Leitplanken für echten Klimaschutz genutzt werden, doch auch hier im Kleinen, bei uns im Bezirk, müssen wir unseren Beitrag zu einer klimaneutralen Stadt und der Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels leisten. Wir streben ein klimaneutrales Charlottenburg-Wilmersdorf bis ins Jahr 2040 an. Das ist ein ehrgeiziges und ambitioniertes, aber auch ein notwendiges Ziel, dem wir uns verpflichten.

In der vergangenen Wahlperiode hat unsere BVV-Fraktion erreicht, dass in Charlottenburg-Wilmersdorf der Klimanotstand ausgerufen wurde und damit die dramatische Situation anerkannt wird, in der wir uns klimapolitisch befinden. Der Klimanotstand muss mit konkreten und umsetzbaren Maßnahmen unterlegt werden. Alle Vorhaben des Bezirksamtes werden damit unter einen Klimavorbehalt gestellt und es wird abgewogen, welche klimafreundlicheren oder bestenfalls klimaneutralen Alternativen stattdessen umgesetzt werden können.

Sozial-ökologischer Umbau

Entscheidend ist für uns, dass Klima und Soziales nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein Klima- und Umweltschutz, den sich nur Reiche leisten können, ist nicht unser Weg. Im Gegenteil: Klimapolitische Ziele müssen mit sozialen Zielen vereinbart und gemeinsam gedacht werden. Die Lasten der Herausforderungen der Klimakatastrophe müssen gerecht verteilt werden. Zusatzbelastungen für Einkommensschwächere und Durchschnittsverdiener:innen lehnen wir ab. Wir streben den sozial-ökologischen Umbau unseres Bezirks an.

Klimafreundliche Stadtentwicklung

Wir schlagen vor, dass künftig Aspekte des Klima- und Umweltschutzes noch stärker in alle stadtplanerischen Überlegungen als Selbstverpflichtung einbezogen werden. Wir wollen die Versiegelung des Bodens durch Bauwerke begrenzen und negativen Effekten der Flächenversiegelung entgegenwirken, z. B. durch bepflanzte Fassaden und Dächer, Entsiegelung und aktiven Baumschutz.

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen wollen wir die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien und von Kraft-Wärme-Kopplung ebenso wie die Begrünung von Dächern, Fassaden und nicht befestigten Grundstücksflächen festlegen. Bei allen Bauvorhaben im Bezirk sollen vor allem klima- und umweltschonende Baumaterialien, insbesondere moderner Holz- und Lehm-bau, verwendet werden.

Koordinierungsstelle für Klimaschutz

In Umsetzung der Maßnahmen des Klimanotstandes haben wir erreichen können, dass in Charlottenburg-Wilmersdorf ein:e Klimaschutzmanager:in und eine Koordinierungsstelle für Klimaschutz eingerichtet werden. Die Koordinierungsstelle soll die Einhaltung der Umsetzung aller bezirklichen Klimaschutzmaßnahmen zur Schaffung einer CO₂-armen Infrastruktur, für energieeffizientes Wohnen oder die Nutzung erneuerbarer Energien kontrollieren. Zudem soll die Stelle politisch bildnerisch in die Stadtgesellschaft hineinwirken und wichtige Aufklärungsarbeit leisten.

Energetische Sanierung von Gebäuden und Wohnungen

Für sämtliche öffentlichen Gebäude des Bezirks soll ein verbindlicher Sanierungsfahrplan erarbeitet werden. Alle dafür geeigneten Dachflächen wollen wir für die Installation von Solaranlagen nutzen. Bisher ist unser Bezirk der letzte, der noch keine Vereinbarung mit den Berliner Stadtwerken zur Aufstellung von Photovoltaikanlagen beschlossen hat. Das wollen wir zügig ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass die energetische Sanierung von Wohnungen warmmieten-neutral passiert und dafür Fördermittel Berlins zur Verfügung gestellt werden.

Klimaräte einrichten

Die Bewohner:innen von Charlottenburg-Wilmersdorf wollen wir am sozial-ökologischen Umbau des Bezirks aktiv beteiligen und dafür Klimaräte einrichten, die gemeinsam mit der Verwaltung Maßnahmen erarbeiten, die anschließend zügig umgesetzt werden. Außerdem schlagen wir vor, dass jährliche Jugend-Klimakonferenzen vom Bezirksamt organisiert werden, in die Akteur:innen wie Fridays for Future eingebunden und gemeinsam mit ihnen umsetzbare Maßnahmen für den Bezirk verabredet werden.

Mehr Grünflächen für den Bezirk

Wir wollen Grünflächen künftig stärker als öffentlichen Raum nutzen und attraktiver machen, z. B. für Nachbarschaftsfeste, Kunst und Kultur oder Sport. Dafür braucht es auch mehr Investitionen und eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung des bezirklichen Grünflächenamtes. Alle dafür geeigneten Flächen im Bezirk wollen wir in Grünflächen umwidmen und sichern, um der klimaschutzpolitischen Maßgabe der Entsiegelung zusätzlicher Flächen gerecht zu werden. Bei dem Neubau von Wohnungen und Gewerbe-einheiten muss die Begrünung von Dächern konsequent mitverfolgt werden. Dabei wollen wir auch begehbare Dachgärten errichten. Parkanlagen und Grünflächen müssen als Kaltluftschneisen erhalten bleiben und sind bei Bedarf ebenfalls in Bebauungsplänen festzuschreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass alle gefälltten Bäume im Bezirk zügig nachgepflanzt und die bestehenden Bäume und Grünanlagen besser gepflegt werden als bisher.

Kleingärten schützen

Kleingärten haben eine wichtige soziale und eine besondere stadtklimatische Bedeutung. Sie sind Naherholungsgebiete, soziale Orte und Refugien der Artenvielfalt. Kleingärten sind für uns keine potentiellen Flächen für den Wohnungsbau. Deshalb wollen wir alle Kleingärten im Bezirk sichern, indem wir sie planungsrechtlich als „Dauerkleingartenflächen“ ausweisen. Damit wird eine Bebauung ausgeschlossen. Wenn möglich, sollen Kleingärtenflächen vom Bezirk oder Land erworben werden.

Keine Bebauung von Grünflächen im Bezirk

Wir werden um jede Wiese und jede Grünfläche in diesem Bezirk kämpfen. Keine Grünfläche in diesem Bezirk soll bebaut werden – auch nicht die Cornelsenwiese. Stattdessen soll sich das Bezirksamt dafür einsetzen, dass die Spekulation mit Baugenehmigungen, z. B. durch Baugebote, verhindert wird.

Umwelt und Naturschutz

Wir wollen die Artenvielfalt im Bezirk durch eine kontinuierliche Berücksichtigung bei allen infrastrukturellen und umweltpolitischen Projekten im Bezirk fördern. Wir wollen neue Flächen zur Förderung von Biodiversität (z. B. Wildwiesen) ausweisen und kleinere Flächen als Schutzraum für Insekten und andere Kleinstlebewesen sichern. Vorhandene Grünflächen und insbesondere Biotope wollen wir vernetzen und sichern. Wir schlagen vor, dass im Bezirk mehr Grünflächen mit Zugang für alle Bürger:innen ausgewiesen werden für Urban Gardening, Gemeinschaftsgärten oder Pflege von Baumscheiben.

Kapitel 3:

Gute Arbeit, Gesundheit und soziale Teilhabe

Charlottenburg-Wilmersdorf ist nicht nur Ku'damm und Zoo, sondern auch Paul-Hertz-Siedlung und Halemweg. Wir wollen die Bewohner:innen in angespannten Kiezlagen besser unterstützen und soziale Infrastrukturen ausbauen. Charlottenburg-Wilmersdorf ist der sozial am stärksten gesplante Bezirk in Berlin. Hier gibt es viel Reichtum, aber auch viel Armut – wie der von uns initiierte bezirkliche Reichtumsbericht zeigt. Die Bahnmissionsmission am Zoo platzt aus allen Nähten und nur 150 Meter Luftlinie entfernt residieren Gäste des Nobel-Hotels Waldorf Astoria für tausende Euro pro Nacht. Wir finden uns mit dieser sozialen Ungerechtigkeit nicht ab. DIE LINKE bekämpft Armut, fördert Gute Arbeit und baut soziale Infrastrukturen aus!

Gute Arbeit im Bezirk

Prekäre Beschäftigung, Leih- und Zeitarbeit, sachgrundlose Befristung, Minijobs, Solo-Selbstständigkeit, unverbindliche Ausbildungsstellen und andere Erscheinungen sind auch in unserem Bezirk vielerorts anzutreffen. Davon betroffen sind nicht nur die Gastronomie oder Tourismusbranche, sondern ebenso Beschäftigte von öffentlich beauftragten Unternehmen wie das Reinigungspersonal an Schulen. Während die Wirtschaftsförderung bezirklichen Unternehmen als Ansprechpartnerin dient, gibt es für andere Akteur:innen und Arbeitnehmer:innen keine Anlaufstelle im Bezirksamt, die behördenübergreifend berät. Dabei hat das Bezirksamt eine besondere soziale Verantwortung, die es erfüllen sollte, ob direkt als Arbeitgeber oder bei der Vergabe von Aufträgen, Dienstleistungen und Zuwendungen an freie Träger. Darum schlagen wir vor, eine:n Beauftragte:n für Gute Arbeit im Bezirksamt einzusetzen. Egal ob bei Fragen zum Beschäftigungsverhältnis, zur Entlohnung, zu Arbeitsbedingungen oder zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz – die:der bezirkliche Beauftragte für Gute Arbeit soll allen Arbeitnehmer:innen beratend zur Verfügung stehen. Außerdem schlagen wir vor, ein Leitbild für Gute Arbeit zu entwickeln und ein Netzwerk für Gute Arbeit zu installieren und dafür Gewerkschaften, Betriebsrät:innen, Kammern und andere lokale Akteur:innen einzubinden. Insbesondere das Thema „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ für Frauen und Männer soll dabei im Mittelpunkt stehen und ebenso die

Verbesserung der oft schlechteren Arbeitsverhältnisse von Migrant:innen oder die Ausbeutung von Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus.

Vergabemindestlohn und Tariftreue

Nach dem Grundsatz „Öffentliches Geld nur für gute Arbeit“ hat DIE LINKE in Berlin mit dem Vergabegesetz durchgesetzt, dass öffentliche Aufträge lediglich an Unternehmen vergeben werden, die wenigstens den Berliner Vergabemindestlohn von 12,50 Euro pro Stunde an Beschäftigte zahlen. Bei der Vergabe von Aufträgen, Dienstleistungen und Zuwendungen an freie Träger muss das Bezirksamt künftig genauer hinschauen und die Einhaltung kontrollieren.

Rekommunalisierung der Schulreinigung

Wir wollen, dass das Bezirksamt ein vorbildlicher Arbeitgeber wird – in allen Bereichen. Dazu gehört auch die (Re-)Kommunalisierung von Aufgaben, bei denen eine Profitorientierung nicht sinnvoll ist. Wir unterstützen die Forderung der Initiative Schule in Not der Rekommunalisierung der Schulreinigung, um qualifizierte Lernorte und gute Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Gemeinsam streiten wir dafür, dass der Anteil der Eigenreinigung in öffentlicher Hand ab 2021 mit jedem Schuljahr gesteigert wird, um bis 2026 eine vollständige Rekommunalisierung zu erreichen. Wir wollen die Kooperation mit Subunternehmen beenden und prekäre Arbeitsverhältnisse in sichere Beschäftigung überführen. Wir wollen prüfen, welche weiteren Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge (re-)kommunalisiert werden können, wie z. B. das Reinigungspersonal in den Kita-Eigenbetrieben sowie das Wachpersonal und Pförtner:innen in allen öffentlichen Einrichtungen im Bezirk.

Ombudsstelle im Jobcenter

Wir haben erreicht, dass eine Ombudsstelle im Jobcenter Charlottenburg-Wilmersdorf eingerichtet wurde. Sie berät Transferleistungsbezieher:innen bei Fragen, Beschwerden oder im Streitfall unabhängig und kostenlos. Bisher arbeitet die Ombudsperson ehrenamtlich. Ihre unbürokratische Beratung muss sich endlich auszahlen und die ehrenamtliche Ombudsstelle in eine hauptamtliche Stelle umgewandelt werden.

Aussetzung und Abschaffung von Hartz-IV-Sanktionen

Während der Corona-Pandemie wurden im Rahmen des „Sozialschutz-Pakets“ Leistungskürzungen für Empfänger:innen vom Arbeitslosengeld II ausgesetzt. Wir wollen eine komplette Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen. Bis dahin machen wir uns im Bezirk dafür stark, dass im Rahmen eines Pilotprojekts über die Corona-Zeit hinaus Hartz-IV-Sanktionen im Bezirk ausgesetzt werden. Leistungskürzungen sind lebensfremd. Sie reduzieren, was bereits das Existenzminimum ist. Nicht ohne Grund hat das Bundesverfassungsgericht 2019 Leistungsminderungen durch das Jobcenter von mehr als 30 Prozent einen Riegel vorgeschoben, denn mögliche Folgen der Kürzungen von finanziellen Soforthilfen können neben der alltäglichen sozialen Ausgrenzung Wohnungsverlust und Obdachlosigkeit sein. Solche persönlichen Krisen gilt es zu verhindern und es ist ein sanktionsfreies Hilfesystem für die Menschen auf die Beine zu stellen.

Armut und Reichtum erfassen und Handlungskonzepte erarbeiten

Die Vermögen sind auch bei uns im Bezirk extrem ungleich verteilt. Während in unserem Bezirk nach Steglitz-Zehlendorf die meisten Einkommensmillionär:innen leben, weisen viele Kieze im Norden unseres Bezirks eine enorme Armut auf. Wir haben erreicht, dass im Bezirk nicht nur ein Armutsbericht, sondern ein Bericht zum Reichtum im Bezirk angefertigt wurde. Um die Vermögensverteilung sichtbar zu machen und Handlungskonzepte gegen soziale Ausgrenzung zu entwickeln, setzen wir uns dafür ein, dass künftig regelmäßig bezirkliche Armuts- und Reichtumsberichte aufgelegt und dort festgelegte Maßnahmen umgesetzt werden.

Gesundheitsförderung im Bezirk

Eine funktionierende Gesundheitsversorgung verhindert Krankheit und fördert Gesundheit. Es ist erwiesen, dass die soziale Lage eines Menschen einen entscheidenden Einfluss auf seine Gesundheit hat. Deshalb ist die Gesundheitsförderung eine gesellschaftliche Aufgabe, die alle Lebensbereiche betrifft und öffentlich organisiert und finanziert werden muss. Wir setzen uns auch im Bezirk für ein lebenswertes Umfeld, Gute Arbeit und angemessene Wohn- und Lernbedingungen für alle Menschen ein.

Ein wesentlicher Baustein für das körperliche, geistige und soziale Wohlergehen sind eine wohnortnahe und flächendeckende ärztliche Versorgung in allen Bezirksregionen sowie bezahlbare Pflegeplätze und -dienstleistungen auch in bezirklicher Hand. Gesundheitsförderung muss früh ansetzen. Daher unterstützt DIE LINKE Maßnahmen, damit Kita- und Einschulungsuntersuchungen für alle Kinder rechtzeitig und in hoher Qualität erfolgen. Mit gezielten Fördermaßnahmen sind Entwicklungsverzögerungen und gesundheitliche Risiken auszugleichen.

Gesundheitsamt besser aufstellen

Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist so auszustatten, dass er die Gesundheit der Menschen im Bezirk schützt und hilft, wesentliche sozial bedingte gesundheitliche Ungleichheit abzubauen. Um den vielfältigen gesundheitsfördernden und sozialen Aufgaben gerecht zu werden, müssen die Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsämtern attraktiver für qualifiziertes Personal gemacht

werden. Für Mitarbeiter:innen, die während der Corona-Pandemie die Arbeit im Gesundheitsamt unterstützt haben, schlagen wir als Ausdruck der Anerkennung für außerordentliche Leistungen Prämienzahlungen vor.

Mobile und stationäre Drogenberatung

Ein weiterer Bestandteil der Gesundheitsförderung im Bezirk muss der vorurteilsfreie Umgang mit Drogenkonsum sein. Wir setzen uns für eine aufsuchende Beratung für Drogenkonsument:innen sowie die Einrichtung eines Drogenkonsumraums ein, um Betroffenen eine feste Anlaufstelle im Bezirk zu bieten. Eine stationäre Beratungsstelle soll als fester Anlaufpunkt mit niedrigschwelligen Betreuungsangeboten dienen und durch das sogenannte Drug-Checking einen risikoreduzierten Drogenkonsum ermöglichen.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit bekämpfen

In Berlin hat DIE LINKE viel bewegt: Stadtweit wurden Plätze der Kältehilfe sowie ganzjährige Angebote ausgeweitet. Diese Angebote müssen weiter ausgebaut werden. An erster Stelle steht die langfristige Unterbringung von wohnungslosen Menschen. Deshalb wollen wir das geschützte Wohnungsmarktsegment massiv ausweiten. Der Ansatz „Housing First“ wurde durch die LINKE Sozialsenatorin Elke Breitenbach in Berlin eingeführt und beschreibt, dass vor der Klärung aller sozialen Problemlagen zunächst eine Wohnung besorgt wird. Wir wollen „Housing First“-Projekte im Bezirk ermöglichen und künftig zum flächendeckenden Regelansatz machen. Wir wollen aufsuchende Straßensozialarbeit ausweiten, um Hilfsangebote zu den Menschen zu bringen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass mehrgeschützte Unterbringungsmöglichkeiten insbesondere für Familien, Frauen und Kinder in Charlottenburg-Wilmersdorf geschaffen werden. Sie müssen einen niedrighschwelligem Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und Hygieneangeboten erhalten. Dazu werden wir gezielt mit Obdachlosenselbsthilfeprojekten im Bezirk zusammenarbeiten, um denjenigen sofort helfen zu können, die Hilfe benötigen, und da anzusetzen, wo es notwendig ist. Es muss sichergestellt werden, dass in allen Wohnungslosenunterkünften, in die der Bezirk zuweist, menschenwürdige Bedingungen herrschen. Dazu müssen regelmäßig Hygiene- und Bauvorschriften kontrolliert und die Grundrechte der Bewohner:innen eingehalten werden. Weitere Qualitätsstandards wie WLAN und Sozialarbeit müssen dringend vertraglich festgelegt werden. Wir begrüßen die geplante gesamtstädtische Steuerung für die Belegung von Wohnungslosenunterkünften und

die Öffnung der Berliner unabhängigen Beschwerdestelle (BuBs) für alle untergebrachten Menschen.

Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser ausbauen

Lebendige Kieze mit wohnortnahen Beratungs- und Begegnungsangeboten, die Stärkung aktiver Nachbarschaften sowie stabiler Sozialstrukturen sind Teil unserer Leitlinien der Bezirkspolitik. Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser sind Brückenbauer für Menschen in verschiedenen Lebenslagen und ihre Mitarbeiter:innen wertvolle Ansprechpartner:innen für Politik und Verwaltung. Sie stehen für Beteiligung, Inklusion, generationenübergreifende Arbeit und die Teilhabe aller Anwohner:innen. Sie sind als Orte der Begegnung ein zentrales Element der lokalen sozialen Infrastruktur.

Zur Förderung von Aktivitäten in der Nachbarschaft, von freiwilligem und bürger:innenschaftlichem Engagement sowie der Selbsthilfe setzen wir uns für den Erhalt und Ausbau von Stadtteil- und Nachbarschaftszentren sowie die dauerhafte Finanzierung ihrer sozialen Dienstleistungen ein. Denn ein bunter Bezirk braucht Räume für inklusiv gestaltete Angebote und Aktivitäten wie Kreativ-Kurse, Sport- und Lerngruppen, Sozialberatungen und andere vielfältige Veranstaltungen. Wir setzen uns dafür ein, dass künftig mehr Mittel in die Hand genommen werden, um Räume für Begegnungen zu schaffen, in denen Menschen unterschiedlicher Generationen, Kulturen und Milieus zusammenkommen, voneinander erfahren und sich gegenseitig unterstützen.

Anlaufstellen für Frauen verbessern

Seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie und den damit einhergehenden Einschränkungen stieg die Zahl von Opfern häuslicher Gewalt. Besonders Frauen und Kinder sind betroffen. Doch nicht erst in der Corona-Situation benötigen gewaltbetroffene Frauen und Kinder Hilfeleistungen. Darum machen wir uns für sie stark. Um Schutzbedürftigen ein Gefühl von Sicherheit und Perspektive zu vermitteln, setzen wir uns dafür ein, dass sich der Bezirk am berlinweiten Ausbau von Notunterkünften und Frauenhäusern beteiligt. Die Frauenschutzplätze sind ebenso wie die Beratung und Betreuung von Opfern häuslicher Gewalt dauerhaft zu finanzieren. Unterstützung für verschiedene Problemlagen hilfesuchender Frauen verspricht die Einrichtung eines bezirklichen Frauenkompetenzzentrums, welches mit Betreuungsangeboten und vielseitig spezialisierten Ansprechpartner:innen das Ziel einer

ganzheitlichen und kompetenten Versorgung von Frauen und ihren Familien verfolgt.

Darum schlagen wir vor, eine zentrale Anlaufstelle für Frauen im Bezirk in enger Zusammenarbeit mit dem Netzwerk „FrauenForum CW“ einzurichten. Zu einem selbstbestimmten Leben gehört es auch, ausreichend Informationen angeboten zu bekommen. Wir möchten Beratungskapazitäten für Schwangerschaftsabbrüche und Familienplanung im Bezirk ausbauen.

Queere Realität sichtbar machen

Queeres Leben ist in Charlottenburg-Wilmersdorf fast unsichtbar. Die Pandemie übt einen enormen Druck auf die Community aus. Die Gewalt gegen queere Menschen nimmt zu. Ihre Lebenssituation kann besser sein. Wir wollen, durch die Schaffung der Stelle einer:ines Queer-Bbeauftragten die queere Realität sichtbar machen und die nicht vorhandenen Netzwerke kompensieren. Sie soll Bürger:innen als Ansprechpartner:in dienen und dem Bezirksamt die dringend notwendigen Impulse für eine queeregerechte Verwaltungsarbeit liefern.

Zusammenleben in Vielfalt fördern

In Charlottenburg-Wilmersdorf leben Menschen aus vielen verschiedenen Herkunftsstaaten. Rund 150.000 Menschen haben hier einen sog. Migrationshintergrund. Unser Bezirk ist international und vielfältig. Das macht die Attraktivität und die hohe Lebensqualität unseres Bezirks aus. Wir setzen uns für eine wertschätzende Willkommenskultur ein.

Bezirkliche Integrationsarbeit verstetigen und selbstbewusst gestalten

Auf absehbare Zeit werden die Gelder, mit denen heute Integrationsarbeit in den Berliner Bezirken finanziert wird, gekürzt. Wenn es nach der Berliner SPD geht, werden im nächsten Berliner Haushalt 60 Mio. Euro weniger für Integrationsarbeit in Berlin ausgegeben. Die Folge für Charlottenburg-Wilmersdorf wäre ein fast vollständiger Zusammenbruch der Strukturen der Arbeit mit Geflüchteten und weiteren Migrant:innengruppen. Deshalb muss der Bezirk jetzt dafür Sorge tragen, dass die Integrationsprojekte im Bezirk wie z. B. interkulturelle Stadtteilzentren, Beratungsstellen für Geflüchtete und

Migrant:innen zu Gesundheit, Bildung, Arbeit, Sozialleistungen und Wohnungssuche und Projekte migrantischer Selbstvertretung und viele mehr verstetigt und eigene, langfristige Finanzierungskonzepte erarbeitet werden. Dies birgt die Chance einer unabhängigeren, auf die Bedürfnisse unseres Bezirks zugeschnittenen Integrationspolitik.

Integration als Querschnittsaufgabe im Bezirksamt

Teilhabe, Vielfalt und Integration sind Querschnittsaufgaben, die von allen Abteilungen des Bezirksamtes in eigener Verantwortung berücksichtigt werden müssen. Gleichzeitig gilt es, das Integrationsbüro des Bezirks stärker mit seinen fachlichen Kompetenzen und Netzwerken in die migrantische Zivilgesellschaft hinein regelmäßig in Migrations- und Integrationsbelange einzubeziehen. Wir setzen uns für eine Rechenschaftspflicht aller Abteilungen und Fachämter gegenüber der:dem bezirklichen Integrationsbeauftragten ein. Es besteht ein hoher Bedarf an Diversität und Mehrsprachigkeit in Verwaltung und Regelstruktur. In Ämtern, Behörden und bezirklichen Beratungsstellen sowie im Gesundheitswesen müssen Sprachmittler:innen und mehrsprachiges Personal eingesetzt werden, damit niemand von der Teilhabe ausgeschlossen ist.

Einbürgerung jetzt

Ein Viertel der Einwohner:innen unseres Bezirks besitzt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und hat deshalb nicht vollumfänglich teil an unserer Gesellschaft. In Charlottenburg-Wilmersdorf warten Einbürgerungsinteressierte mindestens ein halbes Jahr auf einen Termin für die Erstberatung und die Zahl der Eingebürgerten pro Jahr beträgt nur wenige Hundert. Ausstattung und Arbeitsweise der Einbürgerungsbehörde gilt es daher dringend zu verbessern. Wir streben eine verbesserte personelle Ausstattung und eine vereinfachte, möglichst digitale Antragsprozedur an. Nach dem Vorbild von Pankow wollen wir die jährlichen Einbürgerungsfeiern als „Ball der Vielfalt“ für alle eingebürgerten Bewohner:innen des Bezirks veranstalten.

Stärkung der sozialen Integrationsarbeit in Charlottenburg-Nord

Im Stadtteil Charlottenburg-Nord ist der Anteil migrantischer Bevölkerung im Bezirk besonders hoch. Hier gilt es, das Ankommen noch besser zu gestalten, auch um sozialer Desintegration und weiteren Problemlagen präventiv zu begegnen. Bereits jetzt gibt es zahlreiche soziale Akteur:innen, die vor Ort tätig, jedoch nicht oder nur kaum miteinander vernetzt sind, so dass dadurch mögliche Synergieeffekte nicht zustande kommen. Wir setzen uns für eine Stärkung der Stadtteilkoordination in Charlottenburg-Nord ein, um die Entwicklung eines lebenswerten, vielfältigen Stadtteiles voranzubringen.

Kapitel 4:

Eine starke Verwaltung: Beteiligung und Teilhabe ermöglichen

Um Beteiligung und Teilhabe zu ermöglichen, brauchen wir eine starke und personell wie finanziell gut ausgestattete Verwaltung. Dienstleistungen des Bezirksamtes müssen serviceorientiert und bürger:innennah angeboten werden: lokal und digital. Egal ob Termin beim Bürgeramt, Ausstellung einer Geburtsurkunde oder Anmeldung von Gewerbe – die Verwaltung muss modernisiert und digitalisiert werden, um auch in Zukunft leistungsfähig zu sein. Deshalb ist die Stärkung der bezirklichen Verwaltung eines unserer zentralen Handlungsfelder.

Investitionen erhöhen und Personal zügiger einstellen

Noch heute erleben wir schmerzlich die harten Einsparungen des vergangenen Jahrzehnts. Deshalb muss ausgeschlossen werden, dass es in den kommenden Jahren wieder zu Einsparungen kommt. Im Gegenteil: Wir setzen uns dafür ein, dass in den nächsten Jahren in die Digitalisierung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Bezirksamt investiert wird. Offene Personalstellen sind zügiger auszuschreiben und zu besetzen. Außerdem soll das Bezirksamt den Beschäftigten künftig langfristige Perspektiven in der beruflichen Aus- und Weiterbildung bieten. Seit langem fordert DIE LINKE die Entwicklung eines Personalentwicklungskonzeptes, um Bedarfe in der bezirklichen Verwaltung besser zu erfassen und zu steuern. Alle Beschäftigten müssen Zugang zu Weiterbildungen in Zukunftsthemen wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit erhalten, auch zu Themen wie Demokratie, Partizipation und Umgang mit Diskriminierung, Diversität und einfache Sprache.

Kommune als Ausbildungsbetrieb

Das Bezirksamt ist Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb. Es dauert ein paar Jahre, aber die Besetzung offener Stellen durch eigene Ausbildungsaktivitäten ist eine einfache und sichere Lösung. Und die bezirkliche Verwaltung kann Beispiel und Maßstab für gute Ausbildung sein, indem sie sich am Bedarf der Auszubildenden orientiert. Hier geht es um technische Ausstattung, praxis-

nahe Ausbildungsformate und moderne Unterrichtsmethoden, zielgruppenspezifische berufliche Förderung sowie um auskömmliche Ausbildungsvergütungen.

Diversität in der Verwaltung

Jede:r dritte Berliner:in hat einen Migrationshintergrund. Wir machen uns dafür stark, dass sich die Vielfalt der Bewohner:innen in Charlottenburg-Wilmersdorf in allen öffentlichen Bereichen abbildet. Dafür muss auch die Bezirksverwaltung diverser aufgestellt werden. Darum begrüßen wir Bemühungen zur Einführung einer verbindlichen Diversitätsquote, nach der Menschen mit Migrationshintergrund bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden sollen. Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf hat einen Beschluss zur Interkulturellen Öffnung der Verwaltung (IKÖ) gefasst. Außerdem hat unser Bezirk eine Kooperationsvereinbarung mit dem Programm „Berlin braucht dich!“ unterzeichnet. Das Integrationsbüro hat eine Roadmap zur IKÖ erarbeitet und steht dem Bezirksamt in diesem Prozess zur Seite. Allerdings lässt eine Umsetzung des Vorhabens „Interkulturelle Öffnung“ weiter auf sich warten. Die Blockadehaltung des Bezirksamtes muss ein Ende haben. Wir setzen uns dafür ein, dass die IKÖ als verbindliches Vorhaben vor allem im Bereich Personal – und hier insbesondere im Zentralen Bewerber:innenbüro – endlich umgesetzt wird. Andere Prioritätensetzungen sind nicht länger hinnehmbar.

Amtssprache Deutsch – Servicesprache international

Das Bezirksamt ist bereits heute vielfältiger und vielsprachiger als nach außen hin sichtbar. Wir setzen uns dafür ein, dass Angestellte und Beamte:innen des Bezirksamtes durch entsprechende Zulagen dazu motiviert werden, im Dienst mehrsprachig zu arbeiten, vor allem in den Bereichen mit Bürger:innenkontakt. Vielsprachigkeit ist ein Gewinn und muss als zusätzliche Qualifikation der Mitarbeiter:innen wahrgenommen, wertgeschätzt und im Alltag eingesetzt werden. Bildungs- und Qualifizierungsangebote dieser Art sind besonders zu fördern. Für Menschen mit wenig Deutschkenntnissen müssen bei Ämtern und Behörden Sprachmittler:innen zur Verfügung stehen, die bei Terminen oder Beratungen vor Ort oder digital hinzugezogen werden können.

Digitalisierung der Verwaltung

In der Corona-Pandemie haben wir erlebt, wie weit unser Bezirk von einer digitalen Verwaltung noch entfernt ist und wie schnell Rückstände aufgebaut wurden, die noch lange abzarbeiten sind. Wir wollen die Attraktivität des Bezirks als Arbeitgeber erhöhen. Dafür müssen mehr Beschäftigte unkompliziert Zugang zu Home-Office und mobiler Arbeit erhalten. Dabei muss die Einhaltung von in Büroräumen geltenden Arbeitsschutzbestimmungen zu jeder Zeit sichergestellt werden. Die durch den Arbeitsplatz entstehenden Kosten müssen vom Bezirk übernommen werden und dürfen nicht von Arbeitnehmer:innen getragen werden müssen. Wir setzen uns für eine deutlich schnellere Umsetzung des sog. „E-Governments“ ein, um in Zukunft Verwaltungsdienstleistungen vollständig digital erledigen zu können und Wege und Kosten zu reduzieren. Möglichkeiten einer analogen Nutzung sollen aber ebenso wie das Personal in den Behörden erhalten bleiben, um Menschen, die über keine digitalen Endgeräte verfügen oder den direkten Kontakt suchen, nicht auszuschließen. Für eine schrittweise Umstellung von Behördengängen zu praxistauglichen digitalen Verfahren braucht es mehr Investitionen in die IT-Infrastruktur des Bezirksamts. Alle Verwaltungsdienstleistungen müssen in öffentlicher Hand bleiben, um eine schleichende Privatisierung und Manipulationen von Daten zu verhindern. Bei der Einführung digitaler und digitalisierter Verfahren ist strikt auf möglichst datensparsame Lösungen zu setzen, die den gängigen Datenschutzvorgaben entsprechen. Wenn nicht zwingende Gründe dagegen sprechen, soll die Bezirksverwaltung freie, quelloffene Software nutzen – „Public Money – Public Code“. Zur Steigerung der Attraktivität für alle Nutzer:innen sind Dienstgebäude mit frei zugänglichem WLAN für Mitarbeiter:innen und Besucher:innen auszustatten.

Transparente Verwaltung

Wir brauchen mehr Transparenz in der Verwaltung. Darum unterstützen wir das Volksbegehren „Ein Transparenzgesetz für Berlin!“, das die Offenlegung aller für die Öffentlichkeit relevanten Informationen der Verwaltung und landeseigener Unternehmen auf einer zentralen Online-Plattform fordert.

Die Bewohner:innen des Bezirks sollen nicht länger Bittsteller:innen sein, die erst auf Nachfragen Auskünfte von Behörden und landeseigenen Unternehmen erhalten. Darum setzen wir uns dafür ein, dass auch in Charlottenburg-Wilmersdorf für die Öffentlichkeit wichtige Informationen aus Politik und Verwaltung offengelegt werden und (kosten-)frei zugänglich sind, bspw.

Bebauungspläne, Verträge, Gutachten oder Aufträge der öffentlichen Hand. Die so geschaffenen „offenen Daten“ (Open Data) können ein Beitrag zur Öffnung und Demokratisierung der Verwaltung sein. Hierfür sollen die Daten maschinenlesbar und barrierefrei öffentlich gemacht werden.

Bei der Offenlegung von Informationen müssen Datenschutz und Urheberrechte gewährleistet werden.

Bürger:innenbeteiligung im Bezirk

Wir möchten den Bezirk gestalten – und zwar gemeinsam mit allen, die hier leben. Die Bewohner:innen von Charlottenburg-Wilmersdorf wissen am besten, wie sich ihr Bezirk entwickeln soll. Sie sind lokale Expert:innen – deshalb hören wir ihnen zu und möchten sie mitbestimmen lassen, überall dort, wo es möglich ist.

Proteste und Kampagnen von Mieter:innen, Anwohner:innen, Kleingärtner:innen, Schüler:innen oder Initiativen wie „Schule in Not“ mit ihrer Forderung nach einer Rekommunalisierung der Schulreinigung haben die Bezirkspolitik in den letzten Jahren entscheidend mitgeprägt. Die engagierten Bürger:innen unseres Bezirks und ihre Anliegen nehmen wir ernst. Gemeinsam mit ihnen wollen wir auch in Zukunft Konzepte entwerfen und Ideen entwickeln – für ein soziales, ökologisches und demokratisches Charlottenburg-Wilmersdorf.

Bezirkliche Beteiligungsstrukturen schaffen

DIE LINKE hat die Einrichtung eines bezirklichen Beteiligungsbüros bewirkt. Damit wurde der Grundstein für eine bürger:innennahe Verwaltung als Ort für mehr Teilhabe der Bewohner:innen von Charlottenburg-Wilmersdorf gelegt. Die stetige Gründung von Initiativen im Bezirk ist aber nur ein Ausdruck dafür, dass sich die Menschen im Bezirk noch immer öfter selbst Gehör verschaffen, als sie aktiv angehört und in Entscheidungen eingebunden werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass neben einer zentralen Stelle, die Leitlinien der Bürger:innenbeteiligung erarbeitet und koordiniert, ebenso in den Bezirksregionen und Fachabteilungen Beauftragte für die Beteiligung der Bürger:innen eingesetzt werden. Sie sollen Angebote schaffen, damit Bewohner:innen des Bezirks aktiv mitmischen können, bspw. durch die Organisation von Ortsteilkonferenzen.

Leitlinien der Bürger:innenbeteiligung für Charlottenburg-Wilmersdorf

In den kommenden Jahren werden wichtige Entscheidungen über die Entwicklung der City West getroffen. Statt diese ausschließlich in Amtsstuben zu fällen, wollen wir die notwendigen Schritte hin zu einem sozialen und ökologischen Charlottenburg-Wilmersdorf gemeinsam mit den Menschen im Bezirk gehen: Politik von unten statt Entscheidungen von oben!

Für einen verbindlichen Umgang mit den Anliegen der Bürger:innen wollen wir Leitlinien der Bürger:innenbeteiligung für Charlottenburg-Wilmersdorf auf den Weg bringen. Die Leitlinien sollen gemeinsam mit den Menschen in Online-Veranstaltungen sowie vor Ort im direkten Gespräch entwickelt werden, um zu erfahren, was den Bewohner:innen von Charlottenburg-Wilmersdorf wichtig ist. Der Prozess soll mit verbindlichen Zielvorgaben von den bezirklichen Beauftragten für Beteiligung organisiert werden.

Einführung eines bezirklichen Bürger:innenhaushalts

Bisher gilt für politische Entscheidungen wie über die Einnahmen und Ausgaben des Bezirks: „Verwaltung plant, Politik entscheidet“. Ungefragt bleiben allzu oft die Bürger:innen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen aktiv an Entscheidungen teilhaben. Die Bewohner:innen von Charlottenburg-Wilmersdorf sind hier zu Hause und sollten daher Ideen einbringen, gemeinsam diskutieren und auch darüber entscheiden können, wofür öffentliche Gelder verwendet werden.

Darum machen wir uns für einen Haushalt von und für Bürger:innen stark – den Bürger:innenhaushalt, wie es ihn bereits seit vielen Jahren in anderen Berliner Bezirken gibt. Damit sich Bewohner:innen einbringen können, braucht es moderne digitale Informations- und Beteiligungsangebote und eine gleichermaßen funktionierende soziale Infrastruktur mit Anlaufstellen für Interessierte vor Ort. Darum schlagen wir vor, Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser mit Ansprechpartner:innen in jeder Bezirksregion einzurichten und das Kinder- und Jugendbüro zu stärken, damit auch die nächste Generation früh bei Entscheidungen im Bezirk mitmischen kann.

Ortsteilkonferenzen

DIE LINKE setzt sich im Sinne eines Bürger:innendialogs für regelmäßige Ortsteilkonferenzen in allen Bezirksregionen ein. Sie sollen vom bezirklichen Beteiligungsbüro organisiert und unter Beteiligung von Politik und Verwaltung, bspw. aber auch der BVG und anderen lokalen Akteur:innen, durchgeführt werden. Ortsteilkonferenzen bieten Bürger:innen die Möglichkeit, sich vor Ort einzubringen, bevor Entscheidungen von Politik und Verwaltung getroffen werden. Anwohner:innen erhalten Antworten auf Fragen, die sie bewegen, und geben Anstöße für die Gestaltung ihrer Nachbarschaft – egal ob bei Verkehrsproblemen, dem Ausbau von Spielflächen oder der Begrünung des Kiezes.

Kapitel 5:

Jugend, Familie, Schule und Sport

Kita-Plätze ausbauen

Für die Entwicklung von Kindern ist der Besuch einer vorschulischen Einrichtung von hoher Bedeutung, um die motorischen, erkennenden, sozialen und interkulturellen Kompetenzen zu erlernen. Auch unser Bezirk weist eine dramatische Unterversorgung an Kita-Plätzen auf. Für viele Familien und insbesondere für Alleinerziehende stellt das eine große Herausforderung dar, die in bezirklicher Verantwortung unbedingt angegangen werden muss. Es braucht eine zügige und wohnortnahe Aufstockung an Kita-Plätzen. Bei Bauvorhaben für Wohnungen müssen Wohnbauträger eine Abgabe für den Ausbau von Kita-Plätzen zahlen oder selbst eine Kita errichten, zudem sollte der Bezirk gezielt private Flächen für den Ausbau ankaufen. Der Bezirk muss garantieren, dass alle Kinder ihr Recht auf einen Kita-Platz wahrnehmen können und Familien entlastet werden. Zudem muss dringend der Personalschlüssel in den Kitas so erhöht werden, dass gute Arbeitsbedingungen für die Erzieher:innen und die bedarfsgerechte Betreuung und Förderung der Kinder ermöglicht werden. Auch für geflüchtete Kinder muss das Recht auf einen Kita-Platz realisiert werden. Der Bezirk muss durch geeignetes Personal im Schulamt die Geflüchteten in den Unterkünften aktiv bei der Kita-Suche und den Kita-Anmeldungen unterstützen. Ersatzangebote in den Unterkünften sind segregierend und das Gegenteil von Partizipation.

Kinder- und Jugendarbeit stärken

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kinder- und Jugendarbeit in unserem Bezirk strukturell gestärkt wird, der Unterfinanzierung muss massiv entgegengewirkt und künftig mehr Geld investiert werden. Jugendfreizeiteinrichtungen sind wichtige Infrastrukturen für Kinder und Jugendliche, um sich auszuprobieren, neue Fähigkeiten zu entwickeln, soziale Kontakte zu knüpfen, für Freizeiterholung und kulturelle Bildung. Für uns ist klar, dass das Angebot der Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk nicht verkleinert werden darf, sondern in den kommenden Jahren einen stetigen Aufwuchs erfahren muss. Ein Schwerpunkt sollte dabei auf den Ausbau interkultureller Mädchentreffs gelegt werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass ein selbstverwaltetes Jugendfreizeitzentrum im Bezirk eingerichtet und dauerhaft von Jugendlichen selbst

betrieben wird, um ihnen den Freiraum zu geben, sich unabhängig entwickeln und weiterbilden zu können.

Freizeiterholung sicherstellen

Wir wollen das Feriencamp Kirchvers dauerhaft erhalten. Außerdem wollen wir noch mehr kostenfreie Angebote der Freizeiterholung für Kinder und Jugendliche schaffen, deren Eltern sich keinen Urlaub leisten können.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen

Die besten Expert:innen für Kinder und Jugendliche sind die Kinder und Jugendlichen selbst. Wir haben erreicht, dass im Bezirk neben dem Kinder- und Jugendparlament (KJP) auch ein Kinder- und Jugendbüro eingerichtet wird. Beide Institutionen sollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an stadtpolitischen Prozessen und bei sozialräumlichen Vorhaben und Projekten, die sie betreffen, bei der Gestaltung von Stadt- und Spielplätzen, der Wohnumwelt und Grünflächen und bei der Jugendfreizeit-, Spiel- und Schulplanung sicherstellen.

Familien stärken

Um Familien im Bezirk zu stärken und Behördengänge zu vereinfachen, wollen wir ein Familienservicebüro einrichten. Dort können Familien unter einem Dach verschiedene Dienstleistungen in Anspruch nehmen und Leistungen wie Kita-Gutscheine, Unterhaltsvorschuss oder Elterngeld beantragen. Zudem sollen hier verstärkt Beratungsangebote integriert werden.

Schule für alle

Für echte Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen ist der Schlüssel ein gut ausgestattetes, inklusives und solidarisches Bildungssystem. Dafür muss Schule ganzheitlich und -tags auf tatsächliche Bedürfnisse von Schüler:innen und Lehrer:innen ausgerichtet sein.

Wir wollen die Qualität der Schulen in unserem Bezirk verbessern, die Chancen des Lernerfolgs von Schüler:innen erhöhen und Schule als sozialen Raum

stärken. Dabei benötigen Schulen in sozial benachteiligter Lage unsere besondere Unterstützung, um mehr Chancengerechtigkeit zu schaffen. Mit diesem Ziel wollen wir kooperative Bildungsprojekte unterstützen. Unsere Schulen brauchen multiprofessionelle Teams (z. B. Ergo-, Logo, Physiotherapeut:innen, Schulsozialarbeiter:innen, Psycholog:innen, Lerntherapeut:innen, Krankenpfleger:innen, Handwerker:innen, Schulassistent:innen, Dolmetscher:innen, pädagogische Unterrichtshilfen), kleinere Klassen und eine Ganztagsbetreuung als Regelfall. Außerdem wollen wir in allen Schulen ausreichend Platz für Pausen- und Sportflächen schaffen, und zwar drinnen wie draußen. Vor allem das Freizeitangebot an den Schulen am Nachmittag, wie Musik- oder Theater-Arbeitsgemeinschaften, muss ausgebaut und gezielt gefördert werden. Die Ausstattung (z. B. Sanitärbereich, Sporthallen, Schulbibliothek, Mensa) und Digitalisierung der Schulen in unserem Bezirk müssen verbessert werden.

Alle Schulen benötigen einen barrierefreien Zugang sowie unabhängige quотиerte Ansprechpersonen für Diskriminierungsfälle innerhalb des Schulalltags. Geflüchtete Kinder sollen möglichst sofort in den Regelklassen beschult werden. In Willkommensklassen muss es einen verbindlichen Lehrplan geben, gemeinsame Schulstunden mit anderen Schüler:innen und einen schnellen Übergang in die Regelklassen mit individueller Unterstützung durch pädagogisches Personal. Inklusion und gute Bildung für alle müssen mit erheblichen personellen und baulichen Investitionen umgesetzt werden. Wir wollen die Sanierung unserer Schulen im Bezirk in den kommenden fünf Jahren abschließen. Die Schulen in unserem Bezirk sollen sauber sein, die Reinigungskräfte gut bezahlt – deshalb setzen wir uns für eine Rekommunalisierung der Schulreinigung ein. Künftig sollen Reinigungsleistungen von erst beim Bezirk angestellten Reinigungskräften erbracht werden. Wir wollen die Schulentwicklungsplanung fortschreiben und dass die BVV künftig besser einbezogen wird.

Gemeinschaftsschulen stärken

Alle wissenschaftlichen Untersuchungen und auch die Erfahrungen von Nachbarländern zeigen, dass Gemeinschaftsschulen und längeres gemeinsames Lernen den schulischen Erfolg und die sozialen Kompetenzen aller Kinder und Jugendlichen verbessern. Bisher existiert in Charlottenburg-Wilmersdorf jedoch nur eine einzige Gemeinschaftsschule, bei der Schüler:innen von der 1. bis zur 13. Klasse in einer Schulform unterrichtet werden – deshalb sprechen wir uns dafür aus, dass gezielt die Umwandlung bestehender Schulen in

Gemeinschaftsschulen unterstützt und grundsätzlich jede Schulneugründung als Gemeinschaftsschule zu erfolgen hat, um ein breiteres Angebot sicherzustellen.

Angebote der Gartenarbeits-, Kunst- und Musikschulen ausbauen

Wir wollen die bezirklichen Gartenarbeits-, Kunst- und Musikschulen im Bezirk dauerhaft sichern, um die ökologische und kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen neben dem Schulbetrieb zu fördern und Angebote neben der schulischen Bildung auszubauen. Die Angebote müssen insbesondere für Kinder geöffnet werden, deren Eltern sich die Angebote oft finanziell nicht leisten können.

Zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik im Bezirk

Die Wirtschaftsförderung ist in Berlin weitgehend zentral organisiert. Wir brauchen Stellen, die dezentral bezirksspezifische Daten erheben, bspw. über Ausbildungsplätze: Wir brauchen dezentrale Datenerhebungen oder zumindest bezirkliche Ableitungen aus zentralen Datensammlungen. Und wir wollen, dass das Bezirksamt ein vorbildlicher Arbeitgeber wird – in allen Bereichen. Dazu gehört auch die Kommunalisierung von Aufgaben, bei denen eine Profitorientierung nicht sinnvoll sein kann. Junge Menschen brauchen die Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung – auch ohne Studium – als Voraussetzung für eine existenzsichernde Beschäftigung. Das wird besonders deutlich im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft: Es gibt schlicht keine Ausbildungsgänge. Und in anderen Bereichen bedürfen die Ausbildungspläne dringend einer Überarbeitung. Was kann im Bezirk geleistet werden: Entwicklung von bezirklichen Ausbildungsförderungsmaßnahmen, die Förderung von Modularer und Verbundausbildung, Unterstützung der (flankierenden) außerbetrieblichen Träger und Ausstattung der berufsbildenden Schulen verbessern.

Berufsschulen und Oberstufenzentren

An den Oberstufenzentren für berufliche Bildung müssen heute häufig Defizite aus den allgemeinbildenden Schulen erkannt und ausgeglichen werden. Dafür sind die Oberstufenzentren weder personell noch räumlich ausgestattet, erst recht nicht, was die erforderliche Methodik angeht. Hier muss unverzüglich Abhilfe geschaffen werden. Und es braucht praktische Aufgaben in realistischer Atmosphäre für einen Projektunterricht an den OSZ. Dafür muss – wo immer möglich – das Instrument der Indoorvergabe genutzt werden.

Sport für alle ausbauen

Sport bringt Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und ökonomischem Status zusammen und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Er fördert Teamgeist, Fairness und Respekt. Sport ist divers und muss in all seinen Facetten gefördert werden – der Leistungssport genauso wie der Breitensport, in Sportvereinen und -verbänden genauso wie in der Freizeit. Wir setzen uns für optimale Bedingungen für alle Sportbereiche ein. Jede neu zu errichtende und zu sanierende Sportanlage soll grundsätzlich inklusiven Ansprüchen von Sporttreibenden und Zuschauer:innen gerecht werden.

Sportangebote im öffentlichen Raum

Der öffentliche Raum, wie Grünanlagen und Parks, muss noch mehr mit frei nutzbaren Sportgeräten und -anlagen ausgestattet werden, um sportliche Aktivitäten allen Menschen zugänglich zu machen und den Individualsport, auch mit breiten- und leistungssportlicher Ausprägung, zu fördern. Daher forderten wir in der letzten Wahlperiode die Errichtung eines Skateparks. Wir wollen uns künftig dafür einsetzen, dass weitere qualitative Angebote geschaffen werden, wie beispielsweise Tennisplätze oder Fitnessgeräte. egliche Planung und Durchführung müssen immer unter Einbeziehung der entsprechenden Nutzer:innengruppe sowie eines Fachplanungsbüros mit entsprechenden Sachkenntnissen erfolgen.

Fairer Sport

Seit 2011 ist Charlottenburg-Wilmersdorf Fair-Trade-Town. Der Gedanke des Fairen Handelns (Fair Trade) muss auch im Sport frühzeitig und dauerhaft in den Berliner Bildungseinrichtungen und Sportvereinen verankert werden. Der Bezirk sollte hier entsprechende Anreize schaffen.

Olympiapark weiterentwickeln

Der Olympiapark soll für die öffentliche Nutzung attraktiver werden. Dazu gehört auch die Fertigstellung des Sportmuseums, das an diesem historischen Ort eine besondere Bedeutung hat. Plänen zur Errichtung eines reinen Fußballstadions auf dem Gelände des Olympiaparks werden wir nicht zustimmen. Für den Olympiapark und das Sportforum liegen Planungen zur Weiterentwicklung vor. Diese wollen wir prüfen, öffentlich diskutieren und die Grundlagen für ihre schrittweise Umsetzung legen.

Kapitel 6:

Kultur fördern

Flächendeckend Kultur im Bezirk ausbauen und erhalten

Kultureinrichtungen sind in unserem Bezirk ungleich verteilt.

Am Kurfürstendamm und am östlichen Ende der Kantstraße befinden sich Museen, Ausstellungsräume und Theater, während Charlottenburg-Nord nur wenige Kulturangebote aufweist. Das wollen wir ändern. Überall im Bezirk müssen ausreichend Kulturflächen entstehen. Kultur gehört zum Leben und ist wichtig wie die gute Nahversorgung und eine gute Verkehrsanbindung.

Um den Bedarf an kulturellen Flächen im Bezirk zu ermitteln, wollen wir einen Kulturentwicklungsplan auflegen. Lebensqualität heißt mehr als Wohnen, sie bedeutet urbane und kulturelle Teilhabe. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bei der Entwicklung von Wohngebieten neben sozialen Infrastrukturen kulturelle Einrichtungen, insbesondere soziokulturelle und kooperative Nachbarschaftszentren als Raum für kulturelle Aktivitäten in der Nachbarschaft, Veranstaltungsräume, Galerien und Ateliers entstehen. Nicht nur große Theater und Museen gehören zu unserem reichen Kulturangebot, sondern auch die freie Kunst- und Kulturszene. Wir wollen in Charlottenburg-Wilmersdorf künftig zusätzliche Förderungen der Kulturschaffenden und Kreativen ermöglichen, um den Standort der freien Kunst- und Kulturszene auszubauen und ein vielfältiges, diverses Kulturangebot zu sichern.

Zur Förderung der freien, selbstbestimmten Kultur und Kunst wollen wir dauerhafte sowie temporäre Produktions-, Probe- und Präsentationsmöglichkeiten lokaler Künstler:innen verbessern. Zugleich setzen wir uns für eine deutliche Aufstockung der Projektmittel ein. Hierbei ist uns der regelmäßige Austausch mit Bündnissen, Berufs- und Interessenverbänden sowie der freien Szene wichtig, um deren Bedürfnisse angemessen in die Politikgestaltung einzubeziehen bzw. entsprechende Forderungen an das Kulturamt zu stellen. Wir setzen uns für mehr Diversität im Programm und die Förderung von Frauen in öffentlich betriebenen oder öffentlich finanzierten Häusern ein. Insbesondere die Kulturangebote für Kinder und Jugendliche, wie Kunst- und Musikschulen oder Theater-Projekte in Jugendfreizeiteinrichtungen, wollen wir ausbauen und ihre Finanzierung langfristig sichern. Darüber hinaus gilt es, niedrighschwellige Angebote bereitzustellen, um allen Bevölkerungsgruppen kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

Faire Förderbedingungen

Für viele Künstler:innen schwindet seit Jahrzehnten, und nun verstärkt durch die Pandemie, neben sicheren Einkünften bezahlbarer Raum für Ateliers, Lager oder Proben. Dies führt zu einem verstärkten Wettbewerb um Ressourcen, der auf meist intransparenten Zugängen zu Förderprogrammen beruht.

Wir fordern eine faire und sozial gerechte Bedarfsförderung statt reine „Exzellenzförderung“ sowie eine offener gestaltete Programmförderung in bezirklichen Lokalitäten.

Nicht konsumorientierte Kulturarbeit

Nicht konsumorientierte Kultur und Aufklärung durch thematische Kulturprojekte gestalten auch gesellschaftliche Teilhabe. In diesem Sinne kann Kultur ebenso für sozial marginalisierte und benachteiligte Menschen erfahrbar werden. Wir unterstützen deshalb Projekte und Aktionen zur Teilhabe an Kunst und Kultur, die aktiv Initiativen dieser Menschen einbezieht.

Dazu gehören unter anderem Unterstützungsstrukturen und -angebote für von Diskriminierung Betroffene, Projekte von und mit Geflüchteten, Kulturprojekte von und mit obdachlosen Menschen. Hierfür sollen auch Angebote diversitätssensibler künstlerischer Bildung für Kunst und Theaterpädagog:innen und die im Bezirk ansässigen Träger ausgeweitet werden.

Personal in den Musik- und Volkshochschulen aufstocken

Wir wollen das fest angestellte Personal in den Musikschulen und Volkshochschulen weiter aufstocken, um die Wartelisten abzuschmelzen, die Qualität und die Attraktivität der Angebote zu sichern und auszubauen sowie die Arbeitsverhältnisse zu verbessern.

Kulturschaffende bei Freiluftveranstaltungen unterstützen

Die Clubszene, Kunst- und Kulturschaffende sowie Theater müssen schnell und unbürokratisch durch eine vereinfachte Genehmigungspraxis für Open-Air-Veranstaltungen unter Nutzung bezirklicher Grün- und Freiflächen unterstützt werden, auch nach Corona. Der Vorschlag der LINKEN Bezirksbürgermeister:innen und des Kultursenators zur Einrichtung einer bezirklichen Anlaufstelle, die eine unkomplizierte, unbürokratische und schnelle Genehmigung ermöglichen soll, existiert bereits seit Anfang Juni 2020. Das Bezirksamt muss endlich tätig werden, um dem Sterben von Clubs und Theatern entgegenzuwirken.

Selbstverwaltete Soziokultur

Bei der Wahl im Jahr 2016 sind wir mit der Forderung nach einem selbstverwalteten soziokulturellen Zentrum im Schoeler-Schlösschen durch die gleichnamige Bürger:inneninitiative angetreten. Doch unsere Forderung fand in der BVV keinen Zuspruch. Wir treten weiterhin dafür ein, dass im Bezirk Räume für selbstverwaltete Soziokultur geschaffen werden, um allen Bürger:innen den niedrigschwelligen und möglichst kostenfreien Zugang zu Kultur zu ermöglichen und sie zeitgleich von Beginn an bei der Gestaltung vollumfänglich einzubinden.

Bezirksbibliotheken stärken

Der vorliegende Bibliotheksentwicklungsplan des Bezirksamts hat nicht die Nutzer:innen, ihre Wünsche und ihre Nachfrage im Auge und verfolgt nicht mehr den Aufbau qualifizierter Bibliotheksbestände, in denen insbesondere Bücher und andere Medien eine zentrale Rolle spielen. Wir werden uns deshalb für die Umsetzung der allgemein anerkannten Mindeststandards bezüglich Finanz-, Raum- und Personalausstattung von Bibliotheken einsetzen, d. h. insbesondere: zwei Euro Medienetat pro Einwohner:in, zwei Medien pro Einwohner:in, ein:e Bibliotheksmitarbeiter:in (Vollzeitstelle) pro 3.000 Einwohner:innen, eine Gesamt-Bibliotheksfläche im Bezirk von 20 600 qm für stadtteilbezogene Bibliotheken, vor allem in sozialen Brennpunkten. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass weiterhin Medien aller Art kostenfrei geliehen werden können. Zudem müssen Angebotserweiterungen um Bürger:innenaktivitäten aller Art (als Treffpunkt, zum Basteln oder Spielen etc.) und Digitalisierung im Einklang mit den zentralen Aufgaben einer Bibliothek stehen.

Der Aufbau und die Pflege des Bestands sollen sich nach einem Bildungsauftrag richten, der auch Anschauungen einbezieht, die verschiedene Felder über den Alltag hinaus abdecken und den speziellen Bedarf des Einzugsbereichs berücksichtigen. Beim Bestandsaufbau und bei öffentlichen Aktivitäten der Bibliotheken müssen alle Nutzer:innen einbezogen und beteiligt werden.

Kapitel 7:

Für ein weltoffenes Charlottenburg-Wilmersdorf

In Charlottenburg-Wilmersdorf leben Menschen aus vielen verschiedenen Herkunftsstaaten. Unser Bezirk ist international und vielfältig. Das macht die Attraktivität und die hohe Lebensqualität unseres Bezirks aus. Wir setzen uns für eine wertschätzende Willkommenskultur aller hier lebenden Menschen ein.

Antifaschismus

Seit Jahren steigen die Zahlen antisemitischer, rassistischer, homophober, transfeindlicher und gegen Linke gerichteter Vorfälle, Angriffe und Propaganda-Delikte in Charlottenburg-Wilmersdorf. Die AfD ist eine extrem rechte Partei und vergiftet die Stimmung in der BVV. Wir setzen alles daran, dass diese Partei den Wiedereinzug verpasst.

Wir stellen uns kompromisslos und entschieden gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung. Gemeinsam mit allen antifaschistischen Parteien, Gruppen und Einzelpersonen wollen wir den Nazis und Rassist:innen im Bezirk das Handwerk legen. Dafür leisten wir Aufklärungsarbeit, blockieren Demonstrationen extrem rechter Gruppen und Parteien und unterstützen Antifaschist:innen direkt vor Ort in ihrer Arbeit.

Register Berlin bei Erfassung von Rechtsradikalismus unterstützen

Das „Register Berlin“ erfasst auch in Charlottenburg-Wilmersdorf rechtsradikale und diskriminierende Vorfälle – ebenfalls solche, die von der Polizei und anderen Behörden nicht erfasst werden. Die Arbeit der Registerstelle muss im Bezirk umfassend mit Sachmitteln weiter unterstützt werden, um Vorfälle im Bezirk professionell zu erfassen, aufzuarbeiten und zu veröffentlichen und Antisemitismus, Rassismus und Sexismus im Bezirk sichtbar zu machen.

Antisemitismus entgegenstellen

Charlottenburg-Wilmersdorf ist mittlerweile wieder ein Ort vielfältigen jüdischen Lebens geworden. Wir fühlen uns dem Schutz unserer jüdischen Nachbar:innen in besonderem Maß verpflichtet. Es beschämt uns, wenn bei uns im Bezirk jüdische Institutionen angefeindet oder beschmiert werden. Wir stellen uns entschieden gegen jede Form von Antisemitismus und stehen an der Seite unserer jüdischen Nachbar:innen. Antisemitismus hat in Charlottenburg-Wilmersdorf keinen Platz – deshalb wollen wir, dass die „Al Quds“-Demo, die jährlich bei uns im Bezirk stattfindet, verboten wird.

Kolonialismus aufarbeiten

Auch Deutschland hat seinen Anteil an kolonialen Verbrechen. Bis heute ist diese Geschichte kaum aufgearbeitet. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bezirk durch Bildungs- und Aufklärungsarbeit an die kolonialen Verbrechen erinnert. Straßen, die nach kolonialen Verbrecher:innen benannt sind, wie die Wissmannstraße in Grunewald, müssen umbenannt werden. Wir wollen, dass das Bezirksamt zusammen mit den verschiedenen Einrichtungen und Medienzentren der Organisationen aus Asien, Afrika und Südamerika eine ständige Konferenz entwickelt, die den Prozess der Aufarbeitung des Kolonialismus moderiert und begleitet.

Kapitel 8:

Kleingewerbe schützen

Wirtschaftsförderung

Im Zentrum der von uns geforderten bezirklichen Wirtschaftspolitik steht eine gestalterische aktive Wirtschaftsförderung mit dem Ziel der Schaffung gesellschaftlichen Wohlstands mit sozial und ökologisch verträglichen Arbeitsplätzen.

Wir wollen die Abteilung Wirtschaft im Bezirksamt aufstocken, um Kapazitäten für eine intensive Betreuung der ansässigen Unternehmen zu schaffen:

Kleinstunternehmen und Soloselbstständige unterstützen, kleine Unternehmen stärken, ein gezieltes Flächenmanagement für Gewerbe umsetzen und eine besondere Förderung der Kulturwirtschaft, die besonders unter der noch anhaltenden Pandemie-Krise leidet, einrichten.

Die Wirtschaftsförderpolitik des Bezirks soll mit den Nachbarbezirken abgestimmt und nicht gegen sie entwickelt werden.

Wichtige Felder für diese Kooperationen sind die Entwicklung „Campus Siemensstadt“ und „Flughafen Tegel“. Beide Gebiete werden mit erheblichen Auswirkungen für Charlottenburg-Wilmersdorf entwickelt, die den Kooperationsbedarf für das Bezirksamt begründen.

Die bezirkliche Wirtschaftsförderung indes liegt im Argen. Mit einem Minimum an Personalstellen und ohne ausreichende Handlungskompetenz bei der Vergabe von Fördermitteln beschränken sich die Möglichkeiten auf wenige Dienstleistungen für Geschäftsstraßenzusammenschlüsse. Damit werden Chancen für eine kooperative, dezentrale Zusammenarbeit vergeben.

Gewerbeentwicklungsplan und dezentrale Ansiedlungspolitik

Berlin hat nicht grenzenlos Flächen zur Verfügung. Gewerbeflächen stehen nicht selten in Konkurrenz zu Wohnbauflächen, Grün- und Freiflächen sowie Kleingärten. Sie liegen häufig auf Flächen, die als Reserve für Gewerbeansiedlungen ausgewiesen sind. Diese Konkurrenz kann zu Fehlentwicklungen führen, wenn nicht rechtzeitig und umfassend entschieden wird, wie sich ein Bezirk entwickeln soll. Ziel muss es außerdem sein, die Ansiedlungspolitik weitgehend in die Bezirke zu verlagern. Deshalb wollen wir einen Gewerbeentwicklungsplan für den Bezirk auflegen.

Kommunales Geschäftsstraßenmanagement

Im Zusammenhang mit Zentrenkonzept und öffentlicher Steuerung soll das Geschäftsstraßenmanagement in den Bezirken aufgebaut bzw. ausgedehnt werden, um aktuelle Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und ggf. unterstützend eingreifen zu können. Ziel ist dabei auch, die Bereichsentwicklungsplanung ständig aktuell zu halten, um nachteiligen Entwicklungen zügig begegnen zu können.

Kommunale Co-Working Spaces

In den Gewerbeimmobilien der landeseigenen Wohnungsunternehmen sind Kommunale Co-Working Spaces einzurichten, die das gemeinsame Arbeiten und Entwickeln zu fairen Mietkonditionen für Start-ups, Gründer:innen, aber auch soziale Träger und Akteur:innen ermöglicht.

Sicherung von Gewerbeflächen und -objekten

Gewerbeflächen müssen gesichert werden, um der wachsenden Stadt notwendige Neuansiedlungen zu ermöglichen. Dabei muss auch auf Vorratsflächen geachtet werden, um bei der Ausdehnung neuer oder vorhandener Betriebe Umzüge vermeiden zu helfen. Aber ebenso die gewerbliche Wirtschaft befindet sich im Umbruch. Häufig sind große Werkhallen für die klassische Produktion nicht mehr erforderlich, dafür aber mehrgeschossige Gebäude, die geringere Emissionen ausstoßen als in Gewerbegebieten zulässig und deshalb auch in Mischgebieten untergebracht werden können – wodurch als zusätzlicher Effekt Verkehr vermieden werden könnte.

Gewerbemieten runter

Mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) ist eine Vereinbarung zu treffen, die dafür sorgt, dass sich Gewerbemieten in Gebäuden der LWU am Bedarf kleiner und mittlerer Gewerbetreibender orientieren, und die LWU soll zusätzliche Gewerbeobjekte bzw. Objekte mit Gewerbeflächen ankaufen, wenn sich das anbietet, um den Gewerbemietenmarkt zu entlasten. Was kann im Bezirk geleistet werden: Wir wollen den Büro- und Gewerbeflächenbedarf erheben, für wohnnahe Dienstleistungen Flächen vorhalten, Konzepte für die Zentren- und Einzelhandelsentwicklung fortschreiben und diese am Bedürfnis der kleinen Unternehmen planen.

Gemeinwohlabilanzen

Die Einbeziehung von Gemeinwohlabilanzen ist eine sinnvolle Entwicklung, um bspw. bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Verhältnis der Orientierung an Profit oder Gemeinwohl zur Entscheidung heranziehen zu können.

Die Kopplung mit CO₂-Bilanzen wäre nur ein zukunftsweisender Anwendungsbereich. Darum unterstützen wir gemeinnützige Unternehmen und Initiativen des „social entrepreneurship“, die durchaus Profite anstreben, aber das Ziel ihrer Arbeit in den Vordergrund stellen.

Wochenmärkte erhalten

Wochenmärkte dienen nicht nur der Nahversorgung im Wohnumfeld, sondern sind auch Ort des Austauschs von Nachbar:innen und bieten oft ein ökologisch wertvolles Angebot mit Produkten aus der Region.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass alle Wochenmärkte im Bezirk dauerhaft erhalten werden und in öffentlicher Hand bleiben.

Bei finanziellen Schwierigkeiten muss das Bezirksamt frühzeitig aktiv werden und mit den Marktbetreiber:innen das Gespräch suchen.

Es ist ein Konzept zu entwickeln, wie z. B. „Minimärkte“ als Ergänzung zum ortsfesten Einzelhandel in attraktiven Lagen organisiert werden können.

Kommunales Kaufhaus

Die Flächen- und Nutzungskonkurrenz spitzt sich insbesondere in begehrten Innenstadtlagen zu, gleichzeitig veröden die für den (Einzel-)Handel wenig lukrativen und daher uninteressanten Kieze.

Deshalb stellt sich mehr denn je die Frage nach einer strategischen kommunalen Flächensteuerung. Dort, wo aufgrund von Insolvenz oder Wegzug große Kaufhausstandorte leer stehen, wie das ehemalige Karstadt Sports in der Nähe des Kurfürstendamms, ist eine Nachnutzung als „Kiezzentrum“ mit kulturellem Angebot, sozialer Infrastruktur und Kleingewerbe zu prüfen. Der Standort liegt an einem infrastrukturellen Knotenpunkt und ist gut mit dem ÖPNV zu erreichen. Dort können auch Verkehrshubs und Anlieferzentren entstehen, um den Lieferverkehr in den Wohnstraßen zurückzudrängen.

Insolvenzberatung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Wir wollen die öffentlich getragene Insolvenzberatung des Bezirks auch auf Soloselbstständige, Freiberufler:innen, speziell Kulturschaffende sowie Klein- und Kleinstunternehmer ausdehnen. Die vorübergehende Aussetzung der Insolvenzpflcht war sinnvoll, birgt aber auch Gefahren: Speziell eine plötzliche Aufhebung der Aussetzung wird viele Selbstständige, aber sicher auch gemeinnützige Unternehmen in Schwierigkeiten bringen.

Kultur- und Kreativwirtschaft wieder im Blickpunkt im Bezirk

Gerade dieser Wirtschaftsbereich bedarf einer intensiven Unterstützung beim Neustart in der Nach-Corona-Phase, um die etablierten Strukturen, die für die kulturelle Vielfalt nötig sind, zu reaktivieren. Um die Aktionsfähigkeit der kleinen und Kleinstunternehmen, der Freiberufler:innen und Soloselbstständigen und die Lage der Beschäftigten zu sichern, ist bezogen auf die Unterstützung hinsichtlich Arbeitsmarktförderung, Gewerbemieten und Produktionsflächen Unterstützung gefordert, insbesondere durch branchenspezifische Beratungsangebote, proaktive Hilfe auch für den Lebensunterhalt und programmübergreifende Beratung und Unterstützung.

Tourismus als Wirtschaftsfaktor ausgewogen begleiten

Berlin insgesamt und auch der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf benötigen keine explizite Tourismusförderung. Allerdings muss die Entwicklung dieser Branche im Bezirk nachhaltig durch Konzepte begleitet werden. Dazu gehört auch, die Verdrängung von Geschäften und Gewerbe in gewachsenen Kiezen durch Geschäfte zu verhindern, die nicht auf die Versorgung der ansässigen Bevölkerung, sondern touristisch ausgerichtet sind.

Reparaturoffensive

Im Rahmen von nachhaltiger Entwicklung und insbesondere der Minimierung des Ressourcenverbrauchs sind Erhalt und Wiederinbetriebnahme von Reparaturbetrieben aller Art offensiv zu fördern. In den Bezirken kann dies u. a. durch Bereitstellung entsprechender Gewerbeflächen in den Stadtteilzentren zu bezahlbaren Mieten erfolgen. Bei Anschaffungen im öffentlichen Dienst soll die Reparaturfähigkeit von Ausstattungsgegenständen und Fahrzeugen zu einer Entscheidungsgrundlage gemacht werden.

Für eine nachhaltige Nutzung des ICC

Wir unterstützen die Forderung nach einer kulturell-kreativen Nutzung zum Wohle der Menschen im Bezirk und setzen uns dafür ein, dass eine Entwickler:innengruppe aus Architekt:innen und den Bereichen Stadtentwicklung und Kultur Vorschläge erarbeitet.

www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

Bezirksverband DIE LINKE. Charlottenburg-Wilmersdorf
Behaimstraße 17, 10585 Berlin

Tel.: 030 / 33 77 81 68

ViSdP: Jochem Visser
vorstand@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

